



Antragsbuch

2. Landeskongress 2024

DIE TAGESORDNUNG ZUM 2. Landeskongress 2024

Als **Tagesordnung** schlägt der Landesvorstand vor:

FREITAG, 19. Juli 2024

Beginn des Kongresses um 18 Uhr

TOP 1: Eröffnung durch die Landesvorsitzende

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 3: Wahl eines Tagungspräsidiums

TOP 4: Wahl einer Protokollführung

TOP 5: Wahl einer Zählkommission

TOP 6: Bericht der Landesvorsitzenden

TOP 7: Bericht des Landesschatzmeisters

TOP 8: Aussprache zu den Berichten

TOP 9: Ggf. Nachwahlen zum Landesvorstand

TOP 10: Wahl von Hauptdelegierten zum Bundeskongress *(m/w/d)*

TOP 11: Wahl von Ersatzdelegierten zum Bundeskongress *(m/w/d)*

TOP 12: Wahl eines Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts *(m/w/d)*

TOP 13: Wahl von zwei Beisitzern zum Landesschiedsgericht *(m/w/d)*

Unterbrechung des Kongresses voraussichtlich gegen 21 Uhr

SAMSTAG, 20. Juli 2024

Fortsetzung des Kongresses um 10 Uhr

TOP 15: Grußworte

TOP 16: Beratung über Anträge zur Änderung der Landessatzung

TOP 17: Impuls Repräsentant Taiwans 

TOP 16: Antragsberatung

TOP 17: Schlusswort der Landesvorsitzenden

Ende des Landeskongresses gegen 18:00 Uhr.

Kongressleitfaden

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem, um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin - deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

Wahlen

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

Wortbeiträge

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

Zwischenfragen

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter [julis.de](https://www.julis.de). Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis, mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran- setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass:

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihres Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- emand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihres Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

Rechenschaftsbericht der Ombudspersonen zum 2. Landeskongress 2024

Liebe JuLis,

wir möchten uns nochmal herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen auf dem letzten Landeskongress bedanken.

Als Ombudspersonen sind wir sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit im Verband. Seit dem letzten Landeskongress ist es zu keinem Vorfall gekommen. Das lässt auf eine hervorragend funktionierende Zusammenarbeit im Verband schließen.

Neben der Vermittlung bei internen Konflikten im Verband gehört es zu unseren Aufgaben, die Einhaltung der Beschlüsse durch den Landesvorstand zu überwachen. Seit dem letzten Landeskongress hat der Landesvorstand alle Beschlüsse vollständig umgesetzt. Wir haben keine Hinweise oder Beschwerden über seine Arbeit erhalten. Falls Euch dennoch etwas auffällt, könnt Ihr Euch jederzeit gerne an uns wenden.

Eure Evelyn und Euer Nassim

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
01	Demographischer Wandel: Generationengerechtigkeit statt Rentenpopulismus Landesvorstand	3
02	Staat auf die Waage - Anzahl der Bundesministerien radikal verringern! BV Reinickendorf	9
03	Privat statt Staat – das Risikokapital stärken BV Reinickendorf	10
04	Flagge zeigen für unsere Werte! BV Reinickendorf	11
05	Wehrpflicht 2.0 BV Reinickendorf	12
06	Rente entfesseln - Mit Freiheit in die Zukunft! BV LiMaH	14
07	Keine Abschiebung auf Putins Schlachtfeld – Gegen die Instrumentalisierung ukrainischer Geflüchteter BV Pankow	16
08	Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen BV Pankow	17
09	Staatsfeind Nr. 1 – Gegen das de facto Verbot indizierter Musik im Streaming-Zeitalter BV Pankow	18
10	Schuldenbremse als Regel und nicht als Ausnahme im Land Berlin BV Pankow	19
11	Den Staat auf Diät setzen – one in – one out BV CWS	20
12	Projekt Seefalke - Ein Flugzeugträger für Deutschland BV CWS	21
13	Schluss mit Schneckentempo auf 2 Rädern! BV CWS	22
14	Mehr Gründergeist wagen – Eine Start-Up Wende für Berlin BV Mitte	23
15	36 Grad und es wird noch heißer – Weitreichender Hitzeschutz für Berlin BV Mitte	26
16	Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe BV FKN	28
17	Die Bürgerversicherung durch die Hintertür stoppen – für eine Absenkung der allgemeinen Versicherungspflichtgrenze BV FKN	29
18	Die Informatiker von Morgen ausbilden BV SZ	31

2. Landeskongress 2024 der Jungen Liberalen Berlin - Präsentations- und Versammlungssystem
Taiwanische Botschaft, Markgrafenstraße 35, 10117 Berlin, 19.7.2024 - 20.7.2024

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
19	Wer nicht misst, ist Kommunist – Bundesjugendspiele als Wettkampf erhalten BV SZ	32
20	Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot BV Mitte	33
21	frei, freier, Sexarbeit! BV Mitte	35
22	Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit BV LiMaH	37
23	Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen! BV Pankow	38
24	Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen BV TS	39
25	Gastronomie muss bezahlbar bleiben! BV Reinickendorf	43
28	Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten BV SZ	44
29	Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen BV TS	45
31	Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse Alexander Kobuss	48
33	Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Alexander Kobuss, Phillip Proske, Ioana Cristina Turbatu, Laurent Putzier, Moritz Wimmer	51
34	Wer edgy sein will, fragt: Braucht es die Bundeszentrale für politische Bildung? Tobias Bergmann, Laurent Putzier, Phillip Proske, Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Gregor Habel	52
35	Freie Fahrt für freie Bürger! Nassim Al Hamwi	53

Antrag 01: Demographischer Wandel: Generationengerechtigkeit statt Rentenpopulismus

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Demographischer Wandel: Generationengerechtigkeit statt Rentenpopulismus**

2 Unsere Gesellschaft wird immer älter. Während 1990 der Altersdurchschnitt noch bei 39
3 Jahren lag, ist er 2022 bereits auf 45 Jahre angestiegen. Auch in Stadtstaaten wie
4 Berlin wird die Alterung der Gesellschaft spürbar sein. Während dort aktuell 17
5 Prozent der Bevölkerung über 67 Jahre alt sind, wird dieser Anteil bis 2040 um fast
6 ein Viertel steigen. Dieser demographische Wandel ist in erster Linie ein Glücksfall
7 für viele Menschen. Durch den großartigen medizinischen Fortschritt ist es gelungen,
8 die Lebenserwartung zu steigern. Zugleich hat die Erfindung der Pille in den 1960ern
9 Frauen ermöglicht, selbstbestimmter über ihre eigene Zukunft zu entscheiden. Mit
10 diesen positiven Entwicklungen sind jedoch auch große Herausforderungen verbunden:
11 Durch einen geringeren Anteil der Erwerbsbevölkerung leidet die Arbeitsproduktivität
12 des gesamten Landes, was insgesamt zu einem Wohlstandsverlust führt. Deutschland
13 leidet unter den zunehmend hohen Kosten des Rentensystems, dem Fachkräftemangel und
14 dem Pflegenotstand. Um diese massiven Herausforderungen zu bewältigen, muss die
15 Politik ihre Angst vor unpopulären Entscheidungen ablegen. Es bedarf einer
16 ganzheitlichen Strategie, die unser Rentensystem generationengerecht umbaut, dem
17 gesellschaftlichen Beitrag von Familien gerecht wird und neue Lösungen für die Pflege
18 anbietet.

19

20 **Sichere Rente? Nur mit Generationengerechtigkeit!**

21

22 Die Rente ist nicht sicher. Sie beruht auf einem staatlichen Schneeballsystem aus
23 Adenauers Zeiten. Unser Ziel muss es sein, dass die staatliche Rente Menschen im
24 Alter absichert und zugleich spätere Generationen möglichst minimal belastet. Um das
25 zu erreichen, muss die Lebensarbeitszeit steigen und das Rentensystem massiv
26 reformiert werden. Eine Reihe an Sofortmaßnahmen und Reformen sind unabdingbar, um
27 die nachhaltige Stabilität des Rentensystems wiederherzustellen. Dazu fordern wir:

28

- 29 • **eine Absenkung des Rentenniveaus.** Die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 %
30 ist eine realitätsferne und rein populistische Maßnahme, um überrepräsentierte
31 ältere Wählergruppen für sich zu gewinnen. Mehr Rentner und weniger
32 Beitragszahler führen zwangsläufig zu steigenden Beiträgen oder einem sinkenden
33 Rentenniveau. Die Beitragszahler werden schon jetzt stark belastet, daher
34 fordern wir, die Beiträge einzufrieren. Um diese Maßnahme abzufedern und
35 sicherzustellen, dass das Grundrentenniveau aufrechterhalten wird, soll die
36 maximale staatliche Rente gesenkt werden.
- 37 • **die Erhöhung des Eintrittsalter auf 69 Jahre.** Eine Erhöhung des

38 Renteneintrittsalters, um die Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung abzufedern, ist
39 unausweichlich. Zusätzlich muss die Rente mit 63 schnellstmöglich abgeschafft
40 werden. Sie entzieht der Wirtschaft wertvolle Arbeitskräfte und belastet die
41 Rentenkassen zugleich massiv. Langfristig unterstützen wir die Reformvorschläge
42 der FDP zur Flexibilisierung des Renteneintrittsalters.

- 43 • **die konsequente Umsetzung der Aktienrente.** Die FDP hat erfolgreich den Start in
44 die Aktienrente durchgesetzt. Die Pläne der jetzigen Bundesregierung sind aber
45 bei weitem nicht ausreichend. Die Ersparnisse durch die Abschaffung der Rente
46 mit 63 sollten komplett in den Kapitalstock investiert werden. Das entspricht 36
47 Milliarden Euro jährlich. Zusätzliche Steuereinnahmen durch die verlängerte
48 Arbeitszeit sollten ebenfalls primär in die Aktienrente investiert werden.
- 49 • **eine Reform der betrieblichen Altersvorsorge.** Die private Vorsorge über den
50 Arbeitgeber sollte nach dem Vorbild des 401K in den USA zum gesellschaftlichen
51 Standard werden. Ebenfalls ist eine Reform der staatlich geförderten privaten
52 Altersvorsorge anzustreben. Das aktuelle Format der Riester-Rente scheidet an
53 der 100-prozentigen Garantie des eingezahlten Kapitals. Wir fordern daher eine
54 Absenkung der Kapitalgarantie, um attraktive Renditen zu ermöglichen.
- 55 • **eine Stärkung der privaten Vorsorge.** Der Sparerpauschbetrag soll an den
56 Grundfreibetrag der Einkommensteuer angeglichen werden. Auch fordern wir die
57 Wiedereinführung der bis 2009 gültigen Spekulationsfrist von zwölf Monaten bei
58 Finanzprodukten. Das bedeutet, dass Kursgewinne steuerfrei realisiert werden
59 können, wenn das zugrunde liegende Wertpapier zuvor mindestens 12 Monate
60 gehalten wurde.
- 61 • **eine verpflichtende Altersvorsorge.** Wir lehnen es ab, auch Selbstständige zu
62 zwingen, in die Rentenkasse einzuzahlen. Zugleich muss verhindert werden, dass
63 Menschen aufgrund mangelnder Vorsorge im Alter vom Sozialstaat leben. Daher
64 sollte, analog zur Krankenversicherungspflicht, eine Vorsorgepflicht für das
65 Alter bestehen. Die Auswahl und Gestalt des Sparprodukts oder der Versicherung
66 sollte dem Empfänger freistehen.
- 67 • **Beamte in das staatliche Rentensystem zu integrieren.** In Zukunft sollen auch
68 Beamte in das staatliche Rentensystem einzahlen müssen. Die derzeitige
69 Privilegierung belastet die Staatsfinanzen in doppelter Hinsicht und muss enden.
70 Zusätzlich muss der abschlagsfreie Ruhestand erst mit dem Erreichen des
71 gesetzlichen Rentenalters möglich sein.
- 72 • **höhere Hinzuverdienstgrenzen für Rentner.** Um zusätzliche Arbeitskräfte zu
73 mobilisieren und Rentnern die Möglichkeit zu geben, ihr Einkommen zu verbessern,
74 soll die Hinzuverdienstgrenze auf 12.000 Euro angehoben werden.

75

76

77 Liberale Familienpolitik

78

79 Unsere Familienpolitik ist nicht wertend. Niemandem soll ein Lebensmodell aufgedrängt
80 werden. Stattdessen wollen wir den gesellschaftlichen Mehrwert, den Familien mit
81 Kindern leisten, anerkennen und diese entsprechend unterstützen. Grundsätzlich

82 wünschen sich viele Menschen eine größere Familie, werden aber aufgrund äußerer
83 Umstände davon abgehalten. Um das zu ändern, fordern wir:

84

85 • **eine Steuerreform, die Familien zugutekommt.** Der Beitrag, den Eltern zur
86 Stabilisierung der Sozialsysteme leisten, übersteigt derzeit die empfangene
87 staatliche Unterstützung um ein Vielfaches. Um diese Lebensleistung angemessener
88 zu vergüten, fordern wir anstelle des bisherigen Ehegattensplittings ein
89 Familiensplitting. Dies ist in der Form eines Pauschalsplittings mit einem
90 Gewichtungsverhältnis von 1:1 Haupterwerbsträger und Kinder, die für Kindergeld
91 qualifizieren, zu gestalten.

92 Option 1: Um den Erwerbstätigkeitsanreiz für beide Eltern so weit wie möglich zu
93 erhalten, sollten Ehe- und eingetragene Partner nur in einem 1:0,5-Verhältnis
94 gewichtet werden.

95 Option 2: Um den Erwerbstätigkeitsanreiz für beide Eltern zu erhalten, wird nur einer
96 der Elternteile im Familiensplitting berücksichtigt. Alternativ kann der Divisor
97 jedes Kindes unter beiden Eltern aufgeteilt werden, sodass eine 1:0,5-Gewichtung pro
98 Kind bei jedem Elternteil anfällt.

99 • **den Kitausbau zu forcieren.** In Deutschland fehlen weiterhin über 100.000
100 Kitaplätze und besonders bei der Versorgung der unter 3-Jährigen schneidet
101 Deutschland schlecht ab. Eine bessere Kitaversorgung führt oft nicht nur zu
102 besseren Bildungsergebnissen, sondern erhöht auch die Möglichkeit von Familien,
103 mehr Kinder zu bekommen. Wir fordern die Länder auf, den Kitausbau zu
104 priorisieren und keine Kitagebühren zu verlangen.

105 • **die Vereinfachung der Gründung und des Betriebs privater Kitas.** Die Neugründung
106 von Kitas gestaltet sich in Berlin aufgrund der extrem hohen und strikten
107 regulativen Anforderungen als außerordentlich schwierig. Der dadurch garantierte
108 Qualitätsstandard steht in grobem Missverhältnis zum erhöhten Versorgungsmangel.
109 Die Anforderungen zur Betriebserlaubnis sollten daher auf ein angemessenes Maß
110 gesenkt werden. Die Förderung der Familienbildung muss zur effektiven Bekämpfung
111 der Folgen des demographischen Wandels mit einer Erhöhung der
112 Erwerbstätigkeitsquote einhergehen. Der Ausbau von 24-Stunden-Kitas und der
113 Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren muss deswegen in besonderem Maße
114 gefördert werden. Für ebendiese sollen vorübergehend steuerliche Vorteile und
115 eine staatliche Gründerförderung geschaffen werden.

116 • **den Fachkräftemangel in Kitas zu mindern.** Neben langfristigen
117 Ausbildungsstrategien sind eine Reihe von Sofortmaßnahmen erforderlich: Das
118 pädagogische Personal muss von Verwaltungs- und Hauswirtschaftsaufgaben
119 entlastet werden. Quereinsteigern soll der Einstieg leichter ermöglicht und
120 ausländische Bildungsabschlüsse leichter anerkannt werden. Um die ausscheidenden
121 Erzieher im Kitabetrieb zu halten und auch jungen Erziehern die langfristige
122 Perspektive zu geben, eine Kita zu leiten, sollen die
123 Weiterbildungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

124 • **Deutschland zum Eigentümerland zu machen.** Die Wohnraumknappheit und die fehlende
125 Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, stellen ein großes Hindernis für junge
126 Menschen dar, Familien zu gründen. Um die Eigentumsbildung zu unterstützen, darf

127 der Staat nicht länger an der Verteuerung von Immobilien mitverdienen. Deshalb
128 fordern wir die Abschaffung der Grunderwerbsteuer und die Senkung der Grundbuch-
129 und Notargebühren. Zusätzlich soll man in Zukunft Zinsen auf selbstgenutzte
130 Immobilien steuerlich absetzen dürfen.

131 • **familiengerechten Wohnraum zu schaffen.** Die von uns angestrebte Deregulierung
132 des Wohnungsmarktes und Entbürokratisierung von Bauvorhaben sollen den
133 Wohnungsmangel lindern. Ein Verbot von Einfamilienhäusern lehnen wir strikt ab.
134 Gemeinden sollten Familien bei der Vergabe von Baugrund bevorzugt behandeln.

135 • **die Stärkung von Elternrechten.** Wir sehen den immer stärker werdenden Eingriff
136 des Staates in die Familie kritisch. Der Staat muss Kinder schützen, darf aber
137 nicht die Rechte von Eltern zu sehr beschneiden. Eltern sollten in Zukunft
138 beispielsweise eine echte Freiheit bei der Schulwahl ihrer Kinder haben.

139 • **Unterstützung bei Kinderwunsch.** Wenn Menschen ungewollt kinderlos sind, ist das
140 nicht nur eine Tragödie für die Betroffenen, sondern auch ein Nachteil für die
141 Gesellschaft. Bei der Kostenübernahme einer Kinderwunschbehandlung, die
142 ausschließlich durch den Bund erfolgen soll, soll zukünftig mehr die
143 individuelle Aussicht auf Erfolg eine Rolle spielen als einzelne willkürliche
144 Faktoren. Medizinische Faktoren müssen bei der Frage der Kostenübernahme der
145 Hauptfaktor sein. Deswegen soll zum einen die Kostenübernahme nicht mehr auf
146 drei Versuche begrenzt sein. Zum anderen muss die untere Altersgrenze von 25 auf
147 18 Jahre gesenkt werden. Eine pauschale Obergrenze soll es nicht mehr geben.
148 Denn eine feste Grenze entspricht vollkommener Willkür. Zum anderen soll die
149 Kostenübernahme auf unverheiratete und/oder homosexuelle Paare und
150 alleinstehende Frauen erweitert werden.

151 • **die Fruchtbarkeitskrise zu bekämpfen.** Die Fruchtbarkeit von Menschen in der
152 gesamten westlichen Welt befindet sich seit Jahrzehnten in einem bemerkenswerten
153 Abwärtstrend. Eine breite Ursachenidentifikation und -bekämpfung sollte
154 gesundheitspolitisch deutlich stärker priorisiert werden. Potenziell
155 hormonaktive und fruchtbarkeitsgefährdende Chemikalien sollten strenger geprüft
156 und, wenn nötig, in ihrer Nutzung gesetzlich beschränkt werden. Früherkennung
157 von frauenspezifischen Krankheiten, wie z. B. Endometriose, kann zur
158 Verhinderung von Spätfolgen beitragen. Deswegen wollen wir die Erforschung
159 solcher Krankheiten ausbauen.

160 • **die Einführung eines Mutterschutzes bei Fehlgeburten ab der 12.**
161 **Schwangerschaftswoche.** In den aktuellen Regelungen steht nur Frauen Mutterschutz
162 zu, deren Schwangerschaft nach der 24. Schwangerschaftswoche endet. Ab dem
163 dritten Monat soll es

164 Option 1: daher einen gestaffelten Mutterschutz geben, welcher ab der 24.
165 Schwangerschaftswoche die vollen acht Wochen Mutterschutz entfaltet.

166 Option 2: den Betroffenen ermöglicht werden, die vollen acht Wochen Mutterschutz in
167 Anspruch zu nehmen. Der Mutterschutz soll hierbei als Schutzangebot des Staates
168 verstanden werden und muss nicht genommen werden.

169

170 **Pflege-Upgrade: Von Pflegekräften zu Pflegehelden**

171

172 Der demografische Wandel macht auch im Bereich der Pflege nicht halt. Bis 2049 fehlen
173 laut Statistischem Bundesamt zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte. Bis 2055 soll
174 die Zahl der pflegebedürftigen Menschen allein durch die zunehmende Alterung um 37
175 Prozent steigen, was bedeutet, dass mehr als 6,7 Millionen Menschen in Deutschland
176 pflegebedürftig sein werden. Angesichts dieser alarmierenden Prognosen ist eine
177 Reform der Pflegepolitik unerlässlich. Daher fordern wir:

178

- 179 • **eine Reform des Pflegeberufes:** Wir wollen ein flexibles Weiterbildungssystem
180 realisieren, das Pflegekräften ermöglicht, sich kontinuierlich weiterzubilden
181 und zu spezialisieren. Einerseits soll die Möglichkeit eines schnellen und
182 einfachen Einstiegs in pflegerische Tätigkeiten geschaffen werden. Kurze,
183 praxisorientierte Weiterbildungen sollen es ermöglichen, bereits nach kurzer
184 Zeit in der Pflege zu assistieren und somit den Fachkräftemangel zu mildern.
185 Andererseits sollen auch vollständig ausgebildete Pflegekräfte die Möglichkeit
186 erhalten, durch Weiterbildungen ihre Kompetenzen zu erweitern. Somit kann es
187 erleichtert werden, Pflegekräfte aus dem Ausland in den Arbeitsmarkt zu
188 integrieren.
- 189 • **eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung:** Wie bei der Rente soll auch in der
190 Pflegeversicherung langfristig auf eine Kapitaldeckung umgestiegen werden. Dies
191 soll die finanzielle Nachhaltigkeit und Stabilität der Pflegeversicherung
192 sicherstellen und die Belastung zukünftiger Generationen reduzieren. Hierbei
193 wollen wir an der Absicherung von festen Versicherungsleistungen in Form von
194 Festbeträgen festhalten. Kompatibel mit dem Gedanken der Eigenverantwortung und
195 Eigenvorsorge sind daneben auch kapitalgedeckte private Zusatzversicherungen zur
196 Absicherung späterer Pflegekosten. Da das Risiko, pflegebedürftig zu werden,
197 erst in hohem Alter stark ansteigt, haben gerade jüngere ausreichend Zeit, auch
198 mit begrenzten Beträgen eine nennenswerte Zusatzabsicherung aufzubauen.
- 199 • **eine Reduktion der Bürokratie:** Pflegekräfte sollen von unnötiger Bürokratie
200 entlastet werden. Die Dokumentationspflichten sollen dahingehend reformiert
201 werden, dass nur noch Abweichungen vom normalen Pflegealltag dokumentiert werden
202 müssen. Dies schafft mehr Zeit für die direkte Pflege und verbessert die
203 Qualität der Betreuung.
- 204 • **mehr Digitalisierung in der Pflege:** Dabei fängt es schon mit den
205 Rahmenbedingungen an. Es soll eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur, ein
206 leistungsfähiges Mobilfunknetz und WLAN in den Pflegeeinrichtungen eingerichtet
207 werden. In einem nächsten Schritt soll die elektronische Patientenakte
208 flächendeckend eingeführt werden.
- 209 • **Pflegehelden gerecht zu entlohnen:** Tarifverträge durch Gewerkschaften sind im
210 Pflegebereich oft sehr starr, hemmen Gehaltssteigerungen und behindern eine
211 durch Marktmechanismen gesteuerte Gehaltsfindung. Leistungsabhängige
212 Gehaltserhöhungen und Boni sind praktisch nicht vorhanden. Um den Pflegemangel
213 effektiv zu bekämpfen, wollen wir die Rahmenbedingungen für die Suche nach
214 Pflegekräften auf neue Füße stellen: Qualifizierte Pflegekräfte, insbesondere im
215 Bereich der Altenpflege, sollen die Möglichkeit bekommen, ihre Qualifikationen

- 216 anzugeben, und interessierte Arbeitgeber könnten in einem Auktionsverfahren
217 Gehälter und Rahmenbedingungen je nach Bedarf und Angebot vorschlagen.
- 218 • **auch bei Krankenhäusern auf private Unterstützung zu setzen:** Der demographische
219 Wandel wird auch unsere Krankenhäuser vor neue Herausforderungen stellen. Daher
220 ist es wichtig, diese so effizient wie möglich aufzustellen. Deswegen wollen wir
221 die Länder bei dieser Aufgabe entlasten und mehr auf die Unterstützung privater
222 Träger setzen. Kommunale Aktivitäten sollen sich daher mit wenigen Ausnahmen auf
223 strukturschwache Regionen fokussieren. Wir sprechen uns dafür aus,
224 Landeskrankenhäuser zu verkaufen, beziehungsweise die Anteile abzustoßen. Es
225 muss jedoch weiterhin sichergestellt werden, dass keine Versorgungslücken
226 entstehen und die Grundversorgung gesichert ist.
- 227 • **im Gesundheitssystem mehr auf Prävention zu setzen.** Derzeit wird eher die
228 Therapie von akuten schweren Krankheiten, die meist mit hohen Kosten verbunden
229 ist, bevorzugt, als im Vorhinein mehr auf Prävention zu setzen. Dies können wir
230 uns jedoch auch finanziell in der Zukunft nicht mehr leisten. Denn Prävention
231 ist nicht nur besser für die Patienten, sondern auch billiger für unser
232 Gesundheitssystem. Daher müssen wir das Gesundheitssystem dahingehend
233 reformieren.
- 234 • **mehr Plätze für Medizinstudenten.** In Deutschland ist es mittlerweile kaum
235 möglich, mit einem Abitur von 1,0 einen Studienplatz für das Medizinstudium zu
236 erhalten. Dies liegt unter anderem an der knappen Anzahl an Plätzen und der
237 hohen Nachfrage. Aufgrund des demographischen Wandels werden in den nächsten
238 Jahren viele Ärzte in den Ruhestand gehen und zu wenige Ärzte auf immer mehr
239 Menschen in den Arbeitsmarkt nachrücken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 02: Staat auf die Waage - Anzahl der Bundesministerien radikal verringern!

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Staat auf die Waage - Anzahl der Bundesministerien radikal verringern!**

2

3 Deutschlands Staatsapparat wächst und wächst. Abzulesen ist das besonders gut an der
4 Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die seit den Nullerjahren von 4,5
5 auf 5,2 Millionen angewachsen ist. Dies ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund des
6 Fachkräftemangels tragisch, da der Staat der Privatwirtschaft gut ausgebildetes
7 Personal abwirbt bzw. Beschäftigte vom Arbeitsmarkt fernhält.

8 Um diesem beunruhigenden Trend wirksam entgegenzuwirken und dem ohnehin übergriffigen
9 Staat endlich Grenzen aufzuzeigen, fordern die Jungen Liberalen Reinickendorf die
10 Bundesregierung dazu auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und die folgenden
11 Bundesministerien aufzulösen:

- 12 • Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- 13 • Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
- 14 • Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 15 • Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 16 • Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
17 Verbraucherschutz

18 Das Umweltressort und das Ressort für nukleare Sicherheit sollten sodann dem
19 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zugeordnet werden.

20 Abteilungen und Referate sollen nur dann erhalten und anderen Ministerien zugeordnet
21 werden, wenn deren Aufgaben zwingend erforderlich sind. Aufgaben, wie sie bislang vom
22 Familienministerium übernommen worden sind, fallen nicht darunter, sondern können
23 genauso gut von NGOs übernommen werden, die diese Aufgaben auch bisher schon erfüllt
24 haben, im Übrigen auch besser als das Ministerium.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 03: Privat statt Staat – das Risikokapital stärken

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Privat statt Staat – das Risikokapital stärken**
- 2 Deutschlands Forschungs- und Entwicklungslandschaft ist mit jährlich 58.656
- 3 Patentanmeldungen (in 2023) nach wie vor eine der innovativsten der Welt. Leider
- 4 steht der starken Forschung allerdings eine schwache Finanzierung gegenüber. Dies ist
- 5 einer der Gründe, warum hierzulande angemeldete Patente oftmals im Ausland zur
- 6 Marktreife geführt werden.
- 7 Um dem entgegenzuwirken und die hiesige Weiterentwicklung sowie kommerzielle
- 8 Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen zu stärken, fordern die Jungen Liberalen
- 9 Reinickendorf, Versicherungen und Pensionskassen das Bereitstellen von Risikokapital
- 10 nicht länger zu verbieten. Gleichzeitig sollten Beteiligungen von staatlichen Fonds,
- 11 wie bspw. dem sog. Zukunftsfonds, in die "Stiftung Generationenkapital" überführt
- 12 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 04: Flagge zeigen für unsere Werte!

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Flagge zeigen für unsere Werte!**

2

3 In Zeiten der Bedrohung unseres Landes durch das Erstarken extremer und
4 extremistischer Kräfte, wie wir sie aktuell erleben, gilt es für alle Demokraten, uns
5 auf unsere Werte als Gesellschaft zurückzubedenken und diese jederzeit zu
6 verteidigen.

7 Sowohl die Europaflagge als auch die Flaggen der Bundesrepublik Deutschlands und des
8 Landes Berlin sind Ausdruck dieser gemeinschaftlichen Werte und stehen symbolisch für
9 Demokratie, Freiheit und Frieden in Deutschland und Europa.

10 Vor diesem Hintergrund fordern die Jungen Liberalen Berlin, die Beflaggungsverordnung
11 des Landes Berlin zu erweitern. So sollen alle Gebäude des Landes, die von
12 Dienststellen und sonstigen Einrichtungen des Landes Berlin und der seiner Aufsicht
13 unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts
14 benutzt werden, stets – und nicht bloß an den bislang in der Verordnung genannten
15 Tagen – mit Europa- Deutschland- und Landesflagge Berlins beflaggt werden.

16 Dies gilt insbesondere für Schulen, die oftmals ihren bereits jetzt bestehenden
17 Beflaggungsverpflichtungen nicht nachkommen wollen, wo aber die Vermittlung unserer
18 Werte an die heranwachsende Generation umso bedeutender ist.

19 Soweit nötig und baulich möglich, sind vor den zu beflaggenden Gebäuden unverzüglich
20 weitere Flaggenmasten zu errichten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 05: Wehrpflicht 2.0

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wehrpflicht 2.0

2 Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Krieg endgültig zurück in Europa.
3 Deutschland muss hierbei uneingeschränkt zu seinen freiheitlichen Werten und
4 Bündnispartnern stehen und dabei einen Beitrag zur internationalen Sicherheit, der
5 Souveränität des Westens sowie der Landes- und Bündnisverteidigung leisten. Nur dann
6 werden wir und unsere freiheitliche Lebensweise auf lange Sicht Bestand haben können.

7 Derzeit kommt es weltweit zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse . So
8 gewinnt mit der Volksrepublik China ein Land mehr und mehr an Einfluss, das einzig
9 die Interessen der Führung der Kommunistischen Partei verfolgt und dabei nicht davor
10 zurückschreckt, seine eigene Bevölkerung zu steuern, einen militärischen Konflikt mit
11 seinen geographischen Nachbarn zu beginnen und sich in die inneren Angelegenheiten
12 anderer Staaten einzumischen. Die chinesische Regierung übt Druck auf
13 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aus, nimmt Einfluss auf die internationale
14 Presse und macht eine Vielzahl von Ländern von sich abhängig, sodass diese in Zukunft
15 drohen, von Peking aus ferngesteuert zu werden.

16 Auch das Verhältnis von Deutschland und der EU zu Russland ist seit dem Krieg in der
17 Ukraine richtigerweise auf einem absoluten Tiefpunkt angekommen. Seit dem Einmarsch
18 in Georgien und der Annexion der Krim gab es für die baltischen Staaten und ebenso
19 für die skandinavischen Staaten Grund zur Verunsicherung. Diese Verunsicherungen sind
20 mittlerweile in begründete Sorgen umgeschlagen. Die russische Armee übt regelmäßig
21 die Einnahme des Baltikums. Die Sicherheit dieser Staaten hängt entscheidend von der
22 NATO und der jeweils eigenen Verteidigungsfähigkeit ab. So verdoppelte beispielsweise
23 Schweden seinen Wehretat innerhalb der letzten Jahre und ist mittlerweile Mitglied
24 der NATO, womit es sich von seiner einstigen Neutralität auf historische Art und
25 Weise verabschiedet hat. Ebenso ist Finnland dem Verteidigungsbündnis beigetreten.

26 All das sollte Deutschland zu denken geben. Mit über 75 Jahren Frieden erleben wir
27 derzeit die längste Friedensperiode, die es jemals auf europäischem Boden gegeben
28 hat. Gleichzeitig ist es eine Periode, in der auf europäischem Boden Menschenrechte
29 in einem nie zuvor dagewesenen Maß gelten und wir so einen einzigartigen
30 Lebensstandard und -stil erreicht haben. Wir sollten alles dafür tun, dass diese Zeit
31 der Freiheit, des Friedens und des Wohlstandes nicht abreißt. Die Bundeswehr ist
32 jedoch nicht mehr ansatzweise dazu in der Lage, Deutschland zu verteidigen. Allein
33 die Zielmarke der militärischen Personalstärke von über 200.000 wird Jahr für Jahr um
34 ca. 20.000 Soldaten verfehlt. Dies kann mehr und mehr zu Problemen führen. Vor allem,
35 wenn die USA in der Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China und der Rivalität
36 im Südchinesischen Meer ihr Militär nach Asien verlagern. Die europäischen NATO-
37 Verbündeten müssen in einem solchen Fall die Lücken schließen, die die USA in Europa
38 hinterlassen. Dazu muss die Bundeswehr in die Lage versetzt werden, in einem
39 militärischen Konflikt auf deutschem bzw. europäischem Boden zu bestehen.

40 Daher erheben die Jungen Liberalen die folgende Forderung, um Freiheit auch für die
41 zukünftigen europäischen Generationen zu gewährleisten.

42 Die Wehrpflicht ist in einer neuen Ausformung, die den Bedürfnissen des 21.
43 Jahrhunderts gerecht wird, wieder einzusetzen. Dabei sind die folgenden Punkte zu
44 beachten.

- 45 • Männer und Frauen sollten stets gleich behandelt werden und sind daher
46 gleichermaßen im Rahmen der Wehrpflicht zu berücksichtigen.
- 47 • Ausnahmslos alle Angehörigen eines Jahrgangs mit deutscher Staatsbürgerschaft
48 sollten innerhalb ihres 18. Lebensjahres gemustert werden. Dies ist nicht
49 zuletzt auch der Anerkennung der Bundeswehr in der Bevölkerung zuträglich und
50 stellt einen direkten Berührungspunkt für jeden deutschen Staatsbürger mit ihr
51 dar.
- 52 • Der Wehrdienst sollte 9 Monate dauern. In seinem Rahmen sind die dreimonatige
53 Grundausbildung sowie sechs Monate Dienst in einer Teilstreitkraft der
54 Bundeswehr, die nach Möglichkeit vom betroffenen Wehrpflichtigen frei zu wählen
55 ist, abzuleisten. Hierbei ist auch - je nach Teilstreitkraft - die
56 Dienstpostenausbildung (sog. DPA) zu absolvieren.
- 57 • Tatsächlich eingezogen werden sollten pro Jahr 20.000 Wehrpflichtige. Hierbei
58 sind zuallererst diejenigen einzuziehen, die im Rahmen der Musterung als
59 besonders geeignet erschienen sind und die ein Interesse am Wehrdienst bekundet
60 haben.
- 61 • Hat der Wehrpflichtige zum Zeitpunkt seiner Einziehung bereits eine Ausbildung
62 begonnen oder ein Studium aufgenommen, so sollte er das Recht haben, das
63 Ableisten des Wehrdienstes erst nach Beendigung derselben bzw. desselben
64 anzutreten.
- 65 • Den Aspekt der Wehrgerechtigkeit gilt es im Rahmen der für die genannten
66 Maßnahmen ohnehin erforderlichen Änderung des Grundgesetzes auszuräumen. Dies
67 kann bspw. geschehen, indem einer effizienten Herstellung der
68 Verteidigungsfähigkeit eine höhere grundrechtliche Priorität eingeräumt wird.
- 69 • Alle ehemals zum Wehrdienst Eingezogenen sind als Angehörige der Reserve zu
70 führen und in regelmäßigen Abständen zu Übungen einzuladen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 06: Rente entfesseln - Mit Freiheit in die Zukunft!

Antragsteller*in:	BV LiMaH
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Rente entfesseln - Mit Freiheit in die Zukunft!**

2 Das deutsche Rentensystem ist dringend reformbedürftig. Die Einführung einer
3 kapitalgedeckten dritten Säule war längst überfällig, kann jedoch nicht mehr als ein
4 erster Schritt gewesen sein. Als JuLis setzen wir uns daher für eine umfassende
5 Reform des Rentensystems ein, die die Rente für kommende Generationen sichert, ohne
6 dabei den Staatshaushalt zu überlasten. Langfristig wollen wir die umlagefinanzierte
7 Rente durch ein kapitalgedecktes System ersetzen.

8

9 1. Private Altersvorsorge attraktiv gestalten

10 Die gesetzliche Rente kann niemals die private Altersvorsorge ersetzen. Hier wollen
11 wir Erleichterungen schaffen, indem wir den Sparerpauschbetrag auf mindestens 10.000
12 € jährlich anheben. Zudem setzen wir uns für die Einführung einer Spekulationsfrist
13 ein, nach deren Ablauf Kapitalerträge steuerfrei sind.

14 Private Altersvorsorge sollte sich nicht nur auf den nationalen Raum beschränken.
15 Daher wollen wir die europäische Kapitalmarktunion vorantreiben. Insbesondere setzen
16 wir uns hierbei für die Aufhebung der Quellensteuer für Kapitalerträge aus anderen
17 EU-Mitgliedstaaten ein.

18

19 2. Bundesbeteiligungen für die Stärkung der Aktienrente nutzen

20 Angesichts der gravierenden Herausforderungen, mit denen sich das Rentensystem
21 konfrontiert sieht, setzen wir uns dafür ein, bestehende Beteiligungen des Bundes zur
22 Sicherung des Generationenkapitals zu nutzen. Hierfür wollen wir Beteiligungen des
23 Bundes an die für die Verwaltung der Rente zuständige Stiftung Generationenkapital
24 übertragen.

25

26 3. Keine starren Einkommensgrenzen für die vermögenswirksame Leistungen

27 Wir wollen die Einkommensgrenzen für die VwL erhöhen, was bedeutet, dass Arbeitnehmer
28 mit höherem Einkommen auch Anspruch auf die Arbeitnehmersparzulage und die
29 Wohnungsbauprämie haben.

30

31 4. Schlanke und renditestarke betriebliche Altersvorsorge

32 (Transparenz schaffen, Kosten ausweisen) Gleichzeitig sollen teure Garantien
33 wegfallen, sodass die Versicherungen wirklich Rendite erzielen können.

34 5. Weg mit der Riester

35 Die Riester-Rente ist unflexibel und teuer. Staatliche Zulagen landen oft direkt in

36 den Kostenstrukturen der Versicherer und die teuren Garantien wirken sich negativ auf
37 die Renditechancen aus. Wir fordern eine Abschaffung der Riester mit Überführung des
38 Kapitals in das Generationenkapital und damit resultierend einen höheren
39 Rentenanspruch für Riester-Sparer.

40

41 6. Transparenz bei den Nebenkosten privater Altersvorsorge

42 Wir fordern die Zusammenfassung von Kosten in einem Fact-Sheet auf einer A4-Seite,
43 ähnlich dem Ansatz "Was ist versichert & Was ist nicht versichert". In diesem Kosten
44 Fact-Sheet sollen Alpha-Kosten (umfassen die Abschluss- und Vertriebskosten), Beta-
45 Kosten (die laufenden Verwaltungskosten) und Gamma-Kosten (die Anlagekosten) auf
46 einer A4-Seite aufgeführt werden. Dieses Factsheet schafft einen Überblick zum
47 Vergleichen der Kosten einer Versicherung und deren Kostenstrukturen, ohne lange
48 Versicherungsbedingungen zu lesen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 07: Keine Abschiebung auf Putins Schlachtfeld – Gegen die Instrumentalisierung ukrainischer Geflüchteter

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Keine Abschiebung auf Putins Schlachtfeld – Gegen die Instrumentalisierung**
- 2 **ukrainischer Geflüchteter**
- 3 Die JuLis Pankow stellen sich gegen die Forderung der CSU, ukrainische Geflüchtete in
- 4 die (West-)Ukraine abzuschieben. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sind vor dem
- 5 verbrecherischen Angriffskrieg Putins nach Deutschland und weitere europäische
- 6 Staaten geflohen. Es ist unsere humanitäre Pflicht, Ihnen hier Schutz zu gewähren und
- 7 die Ukraine bei ihrem Freiheitskampf zu unterstützen. Es verbietet sich, ihre Notlage
- 8 für innenpolitische Streitigkeiten zu instrumentalisieren.
- 9 Um die Ukrainerinnen und Ukraine besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, fordern
- 10 wir JuLis, das bestehende Hemmnisse beseitigt werden, wie bereits mit dem Jobturbo
- 11 Anfang des Jahres begonnen. Überdies müssen ausländische Berufsabschlüsse schneller
- 12 anerkannt sowie Englisch als zweite Verwaltungssprache in den Behörden und Ämtern
- 13 eingeführt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 08: Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen
- 2
- 3 Die Jungen Liberalen Pankow fordern, die deutsche Botschaft am Heiligen Stuhl
- 4 einzustellen. Etwaige konsularische und diplomatische Aufgaben sollen durch die
- 5 reguläre deutsche Botschaft in Rom übernommen werden.
- 6 Die Bundesrepublik unterhält eine offizielle Botschaft im Vatikan. Diese ist
- 7 allerdings nicht auf den Staat Vatikanstadt als allgemein anerkannten Staat, sondern
- 8 explizit auf den Heiligen Stuhl als nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt bezogen. Der
- 9 Heilige Stuhl steht damit eher als Interessenvertretung der ganzen römisch-
- 10 katholischen Kirche, denn als souveräner Staat. Der Botschafterposten ist in der
- 11 höchstdotierten Besoldungsgruppe B9 eingeordnet und damit auf einer Stufe mit den
- 12 Posten in Washington, London, Paris und Moskau.
- 13 Im Gegensatz zu diesen Botschaften, verfügt die Botschaft am Heiligen Stuhl über ein
- 14 äußerst begrenztes Aufgabenportfolio. Die Hauptaufgabe der Botschaft beschränkt sich
- 15 auf den diplomatischen Austausch mit Mitgliedern der katholischen Kirche im Vatikan.
- 16 Einen vergleichbaren Austausch mit Oberhäuptern anderer Religionsgemeinschaften gibt
- 17 es nicht. Die weltweiten Mitglieder der katholischen Kirche werden zudem bereits
- 18 durch die dortigen deutschen Auslandsvertretungen betreut. Anstatt eine teure und aus
- 19 der Zeit gefallene Vertretung bei einer Religionsgemeinschaft aufrecht zu erhalten,
- 20 sollte man hier unnötige symbolische Ausgaben einsparen.
- 21 Angesichts der problematischen Äußerungen des Papstes im Hinblick auf den russischen
- 22 Krieg gegen die Ukraine und die mangelnde Reformbereitschaft des Heiligen Stuhls, ist
- 23 es notwendig ein politisches Zeichen zu setzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 09: Staatsfeind Nr. 1 – Gegen das de facto Verbot indizierter Musik im Streaming-Zeitalter

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Staatsfeind Nr. 1 – Gegen das de facto Verbot indizierter Musik im Streaming-**
2 **Zeitalter**

3

4 Die Indizierung von jugendgefährdenden Medien bedeutet, dass für diese nicht geworben
5 werden darf und sie nur unter der Ladentheke angeboten werden dürfen. Früher, im
6 Zeitalter der CDs und DVDs, war dies kein Problem, doch im Streamingzeitalter
7 bedeutet dies de facto das Verbot dieser Inhalte. Der § 18 Abs. 1 S. 1 JuSchG lädt
8 konservative Jugendschützer dazu ein, unliebsame Inhalte für immer in der Versenkung
9 verschwinden zu lassen und damit auch künftig erscheinende Werke zu beeinflussen, da
10 eine mögliche Indizierung einen finanziellen Totalverlust bedeutet. Egoshooter machen
11 keine Amokläufer und Gangsterrap macht keine Kriminelle, das ist inzwischen bei jedem
12 angekommen, doch kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Indizierungen und damit
13 Quasi-Verboten von Werken wie Sonny Black von Bushido oder Jung Brutal Gutaussehend
14 von Kollegah und Farid Bang. Um den neuen Rahmenbedingungen des heutigen
15 Medienkonsums gerecht zu werden gilt es, die Hürden für die Indizierung von
16 Medieninhalten signifikant anzuheben, um die Freiheit der Kunst und Meinungsfreiheit
17 stärker zu gewährleisten und gleichzeitig noch einen angemessenen Jugendschutz zu
18 sichern. Daher möchten wir zu Der § 18 Abs. 1 S. 1 JuSchG Absatz 3 "Ein Medium darf
19 nicht in die Liste aufgenommen werden" einen Punkt 4 "wenn der Inhalt erkennbar
20 übertrieben von einer Kunstfigur dargeboten wird" hinzufügen. In Absatz 7 soll die
21 Zeit, nach der eine Indizierung ihre Wirkung verliert, von 25 auf 10 Jahre
22 herabgesetzt werden, damit in der Vergangenheit indizierte, aber noch relevante
23 Inhalte unbürokratisch wieder angeboten werden dürfen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 10: Schuldenbremse als Regel und nicht als Ausnahme im Land Berlin

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Schuldenbremse als Regel und nicht als Ausnahme im Land Berlin**

2 Die JuLis Berlin kritisieren die Äußerungen des Berliner CDU-Bürgermeisters Kai
3 Wegner, der nicht müde wird, eine Reform der Schuldenbremse zu fordern. Auch zeigt
4 sich, dass in der derzeitigen landesrechtlichen Ausgestaltung über die Möglichkeit
5 der Ausrufung einer Ausnahmesituation, eine Hintertür für die Aussetzung der
6 Schuldenbremse gegeben ist. Dies kann durch Feststellung der Notsituation durch
7 einfache Mehrheit des Abgeordnetenhauses geschehen. Dies eröffnet die Möglichkeit der
8 Regierungsmehrheit aus politischen Beweggründen die Schuldenbremse auszusetzen, auch
9 wenn keine objektive Notsituation vorliegt.

10 Die JuLis Berlin fordern daher das Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung der
11 Schuldenbremse (BerlSchuldenbremseG) wie folgt zu ändern, so dass unter §2 (2) nicht
12 mehr nur eine einfache Mehrheit im Berliner AGH, sondern künftig lediglich eine 2/3-
13 Mehrheit eine Notlage feststellen und die Schuldenbremse aussetzen kann.

14 Zudem fordern wir, dass der Berliner Senat und seine Mehrheit im AGH in diesem Jahr
15 nicht von der Aussetzung der Schuldenbremse Gebrauch macht, sondern eine seriöse und
16 generationengerechte Haushaltspolitik betreibt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 11: Den Staat auf Diät setzen – one in – one out

Antragsteller*in:	BV CWS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Den Staat auf Diät setzen – one in – one out**

2

3 Der Stellenaufwuchs im Staatsapparat hat ein Ausmaß angenommen, welches die
4 Handlungsfähigkeit des Staates nicht mehr ausweitet, sondern einschränkt. Während es
5 beispielsweise 2015 noch 249.000 Bundesbeamte und Tarifbeschäftigte beim Bund gab,
6 sind es 2024 schon 299.000. Auf Landesebene ergibt sich ein ähnliches Bild. Gab es
7 2012 noch 104.690 vollzeitäquivalente Beschäftigte beim Land Berlin gab, sind es 2020
8 schon 118.930 gewesen. Der damit einhergehende Personalkostenaufwuchs führt zu einem
9 Finanzbedarf, welcher von der Wirtschaft aufgebracht werden muss. Mit jeder weiteren
10 Stelle im Staatsapparat sinkt der Spielraum für private Investitionen und
11 selbstbestimmten Konsum der Bürger. Diese Entwicklung gilt es umzukehren.

12 Um diesem Problem Herr zu werden, fordern die Jungen Liberalen Berlin auf jeder
13 Verwaltungsebene für die Stellenplanung das Prinzip „one in – one out“ einzuführen.
14 Dies bedeutet, dass die absolute Stellenzahl nicht steigen darf. Wird eine neue
15 Stelle geschaffen, muss entsprechend eine gestrichen werden bzw. ein Wegfallvermerk
16 vergeben werden. Die Digitalisierung der Verwaltung ist dabei ein Schlüssel zur
17 Umsetzung.

18 Ausgenommen von dem Prinzip sollen die Stellen für die Polizei, Rettungskräfte und
19 die Justiz sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 12: Projekt Seefalke - Ein Flugzeugträger für Deutschland

Antragsteller*in:	BV CWS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Projekt Seefalke - Ein Flugzeugträger für Deutschland**

2 Deutschland verfügt derzeit über keinen Flugzeugträger, während einige unserer
3 Verbündeten und potenzielle Gegner bereits über solche Kapazitäten verfügen. Diese
4 asymmetrische Verteilung von Ressourcen kann zu einer Schwächung unserer Position in
5 geopolitischen Auseinandersetzungen führen und Deutschland in der Lage der
6 Verteidigung gegenüber autokratischen Regimen benachteiligen. In einer zunehmend
7 instabilen globalen Sicherheitslage versuchen Autokratien, Demokratien durch
8 militärische Mittel zu destabilisieren. Die fehlende Präsenz eines Flugzeugträgers
9 könnte Deutschland in der Abwehr solcher Bedrohungen erheblich beeinträchtigen und
10 die Verteidigungsfähigkeit unserer Nation gefährden.

11 Das Ziel dieser Initiative ist es, die geopolitische Position Europas zu stärken, um
12 effektiv auf Bedrohungen reagieren und die demokratischen Werte verteidigen zu
13 können. Ein Flugzeugträger würde nicht nur eine erweiterte strategische Reichweite
14 bieten, sondern auch die Fähigkeit zur schnellen Einsatzbereitschaft und Flexibilität
15 in verschiedenen sicherheitspolitischen Szenarien. Weiterhin würde ein Flugzeugträger
16 die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern stärken.

17

18 Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen die Jungen Liberalen Berlin vor, dass
19 Deutschland bis zum Jahr 2030 die Anschaffung eines Flugzeugträgers sowie 25
20 funktionsfähiger Kampffjets plant und umsetzt. Dies erfordert eine umfassende Analyse
21 der finanziellen Ressourcen, internationalen Kooperationen und technologischen
22 Entwicklungen, um sicherzustellen, dass dieser Schritt im Einklang mit den
23 strategischen Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten steht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 13: Schluss mit Schnecken tempo auf 2 Rädern!

Antragsteller*in:	BV CWS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Schluss mit Schnecken tempo auf 2 Rädern!**
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern, E-scooter in Deutschland mit einer
- 3 Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h zuzulassen.
- 4 Deutschland steht vor der Herausforderung, moderne und umweltfreundliche
- 5 Mobilitätslösungen zu fördern, um den Verkehr zu entlasten und die Umweltbelastung zu
- 6 verringern. E-scooter stellen eine innovative und nachhaltige Option dar, die die
- 7 individuelle Mobilität in urbanen Gebieten verbessern kann. Die derzeitige
- 8 Beschränkung auf 20 km/h für E-scooter in Deutschland stellt jedoch eine unnötige
- 9 Einschränkung dar, die das volle Potenzial dieser Technologie nicht ausschöpft.
- 10 Die Jungen Liberalen Berlin schlagen vor, die Höchstgeschwindigkeit von E-scootern in
- 11 Deutschland auf 25 km/h anzuheben. Diese moderate Erhöhung ermöglicht eine schnellere
- 12 und effizientere Fortbewegung für die Nutzer, ohne dabei die Sicherheit zu
- 13 vernachlässigen. In vielen anderen Ländern der EU wurde bereits gezeigt, dass E-
- 14 scooter mit dieser Geschwindigkeit sicher betrieben werden können und einen Beitrag
- 15 zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens leisten können.
- 16 Des weiteren werden derzeit extra für Deutschland schwächere Roller als in anderen EU
- 17 Ländern, wie Frankreich, Österreich oder Belgien produziert, wodurch aber der
- 18 Kaufpreis der Roller sogar höher ist, als in den genannten Ländern.
- 19 Eine Anhebung der Höchstgeschwindigkeit auf 25 km/h würde auch dazu beitragen, die
- 20 Attraktivität von E-scootern im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln zu erhöhen und
- 21 somit einen positiven Einfluss auf die Verkehrssituation und die Umwelt zu haben.
- 22 Um dieses Ziel zu erreichen, fordern die Jungen Liberalen Berlin eine Anpassung der
- 23 Vorschriften, um die erhöhte Geschwindigkeitsgrenze für E-scooter zu ermöglichen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 14: Mehr Gründergeist wagen – Eine Start-Up Wende für Berlin

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 ***Mehr Gründergeist wagen – Eine Start-Up Wende für Berlin***

2

3 Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. Als Junge Liberale beobachten wir das
4 marginale Wirtschaftswachstum, das stagnierende Bruttoinlandsprodukt und die
5 zunehmende Arbeitslosigkeit mit Sorge. Deutschland droht – wenn auch dem
6 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geschuldet – einmal mehr zum „kranken Mann
7 Europas“ zu werden. Um diesem Trend entgegenzusteuern, muss mehr in die Verwertung
8 von exzellenter Grundlagenforschung investiert werden, um das Technologie- und
9 Innovationspotenzial im deutschen Raum zu stärken. Obwohl wir uns nicht leisten
10 können, auch nur einen risikobereiten Menschen von seinem Vorhaben abzubringen, ist
11 für viele Studierende aus dem im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik,
12 Naturwissenschaften und Technik) schlichtweg nicht bewusst, dass die Ausgründung eine
13 aussichtsreiche Opportunity darstellt.

14

15 In dieser Trendwende kommt dem Land Berlin eine tragende Rolle zu. Unsere Hauptstadt
16 galt einst als Mekka für Gründerinnen und Gründer – die Zukunft unserer
17 Marktwirtschaft – in ganz Europa. In Berlin trafen Ideen und Risikobereitschaft, eine
18 offene Gründerkultur sowie auf die notwendige Infrastruktur, die einem die Umsetzung
19 einer unternehmerischen Idee ermöglicht. Die Start-ups, insbesondere innovative Tech-
20 Start-ups, benötigen unter anderem mehr geduldiges Kapital, das darauf abzielt,
21 langfristige Wachstumschancen zu schaffen, und eine Anschubfinanzierung bereits in
22 der Early Stage (Phase bis zur Marktreife). Neben diesen Forderungen darf die Frage
23 des Ökosystems, in dem junge Menschen ein Start-up gründen, nicht unterschätzt
24 werden. Viele dieser Maßnahmen müssen an Gründerzentren an Hochschulen, Universitäten
25 und AuF gebündelt werden, die als Schnittstelle zwischen Grundlagenforschung und dem
26 Gründungsvorhaben dienen.

27

28 Wir Jungen Liberalen wollen Berlin wieder zur Start-up-Hauptstadt machen. Daher mögen
29 wir beschließen:

30

31 **1. Studierende begeistern:** Die Curricula von Studiengängen im MINT-Bereich an
32 Berliner Hochschulen sollen:

- 33 • verpflichtende Gründer-Vorlesungen erhalten, die Studierende für die Möglichkeit
34 einer Ausgründung sensibilisieren und Kontakte zu Technologie-Transfer-Büros der
35 Hochschulen sowie potenziellen Sponsoren vermitteln. (Option a)
- 36 • optionale Gründer-Vorlesungen angeboten werden, die Studierende für die

37 Möglichkeit einer Ausgründung sensibilisieren und Kontakte zu Technologie-
38 Transfer-Büros der Hochschulen sowie potenziellen Sponsoren vermitteln. (Option
39 b)

40 **2. Personal stärken:** Die Technologie-Transfer-Büros (TTBs) an Hochschulen,
41 Universitäten und AuF sollen ausgebaut und professionalisiert werden. Die TTBs dürfen
42 sich nicht nur als Liegenschaftsverwaltung verstehen, sondern über alle Phasen der
43 Unternehmensgründung eine zentrale Rolle bei der Unterstützung gründungswilliger
44 Studierender einnehmen. Nicht nur externer Input aus der Industrie ist essentiell,
45 auch Professor:innen sollen hierfür Entrepreneurship-Programme durchlaufen.

46 **3. Infrastruktur schaffen:** Die Infrastruktur der Gründerzentren – von
47 forschungsintensiven Laboren für Deep-Tech Start-Ups bis hin zur Co-Working Spaces
48 für Start-Ups auf dem Gebiet sozialer Innovation – muss den verschiedenen
49 Gründungsvorhaben Rechnung tragen. Hierzu müssen Unternehmenscluster geschaffen
50 werden, die Gründerinnen und Gründer aus verschiedenen Phasen und bereits etablierten
51 Unternehmen zusammenbringen. Die Relevanz dieser Knotenpunkte muss von den
52 Bezirksregierungen und der Berliner Landesregierung zunehmend berücksichtigt werden.

53 **4. Stigma beseitigen – positive Fehlerkultur:** Berliner Universitäten sollen
54 Gründungen als Bestandteil der akademischen Laufbahn anerkennen. Sowohl Studierende
55 als auch Dozierende, Professorinnen und Professoren dürfen nicht aufgrund fehlenden
56 Respekts des wissenschaftlichen Umfelds von einem Gründungsvorhaben abgebracht
57 werden. Ferner sollen diese eine Vorbildrolle dafür einnehmen, Studierenden und
58 Lehrenden faire Rückkehr-Optionen zu bieten. Das Wissen aus gescheiterten Gründungen
59 soll gesammelt und geteilt werden.

60 **5. Mehr Diversität im Entrepreneurship:** Um die Repräsentanz von Frauen oder auch
61 Migrant:innen in der Start-Up-Szene zu stärken, müssen gezielte Kredit- bzw.
62 Förderprogramme sowie Mentoring- und Netzwerkprogramme geschaffen werden.
63 Strukturelle Hindernisse dürfen nicht dazu führen, dass bestimmte Personengruppen von
64 der Gründung eines Unternehmens abgehalten werden.

65 **6. Herkunfts- und bildungsunabhängige Unternehmensgründungen ermöglichen:** Die meisten
66 Start-Up-Gründer:innen sind Akademiker. Gründen ist jedoch keine Frage der Herkunft
67 und des Abschlusses, sondern einzig und allein der Idee. Das Land Berlin soll
68 sicherstellen, dass junge Menschen auch auf anderen Bildungswegen als dem Studium für
69 das Gründen eines Unternehmens sensibilisiert und begeistert werden.

70 **7. Fokus auf exzellente Hochschulen:** (Aus-) Gründungen aus forschungsintensiven
71 Bereichen basieren auf erstklassiger Grundlagenforschung. Die Berliner Universitäten
72 sollen die Deep-Tech-Forschung zu einem weiterhin Pioniercluster ausbauen und mit den
73 führenden Transferzentren (z.B. KIT oder TUM) gleichziehen.

74 **8. Gründungsverfahren beschleunigen:** Der Bürokratieabbau muss sich endlich auch in
75 den Antragsverfahren widerspiegeln. Dafür bedarf es einer Transformation in der
76 öffentlichen Verwaltung Berlins. Kein einziges Gründungsvorhaben darf aufgrund
77 langwieriger oder komplizierter Antragsverfahren ins Leere laufen. Aus diesem Grund
78 darf die Gründung einer GmbH etwa nicht länger als acht Wochen andauern. Andernfalls
79 gilt der Antrag automatisch als genehmigt.

Begründung

2. Landeskongress 2024 der Jungen Liberalen Berlin - Präsentations- und Versammlungssystem
Taiwanische Botschaft, Markgrafenstraße 35, 10117 Berlin, 19.7.2024 - 20.7.2024

Erfolgt mündlich.

Antrag 15: 36 Grad und es wird noch heißer – Weitreichender Hitzeschutz für Berlin

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **36 Grad und es wird noch heißer – Weitreichender Hitzeschutz für Berlin**

2 Der fortschreitende menschengemachte Klimawandel stellt die drängendste
3 Herausforderung unserer Zeit dar. Studien identifizieren Europa als den am
4 schnellsten erwärmenden Kontinenten, mit spürbaren Auswirkungen auf unsere Städte.
5 Bereits heute nimmt die Anzahl der Hitzetage und Hitzewellen aufgrund des Urban Heat
6 Effects („städtischer Wärmeinseleffekt“) insbesondere in Stadtgebieten drastisch zu,
7 was eine erhebliche Belastung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Berliner
8 Bevölkerung darstellt. Allein im Jahr 2023 schätzt das RKI rund 3200 hitzebedingte
9 Sterbefälle. Besonders gefährdet sind hierbei bestimmte Bevölkerungsgruppen, darunter
10 Herz-Kreislauf-erkrankte, Neugeborene sowie ältere Menschen. Die prognostizierte
11 alternde Gesellschaftsstruktur verschärft dabei die Auswirkungen.

12 Angesichts dieser Entwicklungen und Risiken ist es unerlässlich zum Schutz der Bürger
13 vorausschauend und proaktiv zu handeln. Die Jungen Liberalen Berlin Mitte e.V.
14 fordern daher dringend die Entwicklung und Implementierung eines umfassenden
15 Hitzeschutzplans für Berlin. Ein solcher Plan sollte darauf abzielen, die Bevölkerung
16 sowie vulnerable Gruppen vor den gesundheitlichen Risiken von Hitze zu schützen.

17 Die Jungen Liberalen Berlin Mitte e.V. mögen daher beschließen:

- 18 • **Frühwarnsysteme** auszubauen um Wetterwarnhinweise, insbesondere Hitzewarnungen
19 unmittelbar und zuverlässig an die Stadtbevölkerung sowie Institutionen (z.B.
20 Altenheime) zu kommunizieren, beispielsweise über offizielle Warnmeldeapps,
21 sodass diese eigenverantwortlich Vorkehrungen treffen können. Dabei sollten
22 möglichst bestehende Apps weiterentwickelt werden.
- 23 • **Hitzeresilientes Bauen** leichter zu machen. Anreize für die Verwendung von
24 Materialien und Oberflächen die vor direkter Sonneneinstrahlung auf Immobilien
25 schützen, werden voraussichtlich durch die klimatische Veränderung größer
26 werden. Hier dürfen durch übermäßige Bürokratie keine Steine in den Weg gelegt
27 werden oder Baumaterialien gar künstlich durch staatliches Outpricing verteuert
28 werden. Diese Maßnahmen umfassend die Einbindung vertikaler und
29 Dachflächenbegrünung, die wir begrüßen.
- 30 • **Hitzeaktionspläne in Krankenhäusern** und andere Gesundheitseinrichtungen zu
31 fordern. So soll für eine schnelle und gezielte Behandlung hitzebeschädigter
32 Menschen benötigen Krankenhäusern größere lokale Autonomie, um entsprechende
33 Pläne bedarfsgerecht ausgestalten zu können ermöglicht und die
34 Arbeitsbedingungen für das Krankenhauspersonal verbessert werden.
- 35 • **Weiterhin öffentliche Trinkwasserversorgung** zu gewährleisten. In Zusammenarbeit
36 mit der Berliner Rettungskräfte soll geprüft werden, welche Trinkwasserbrunnen
37 an bestimmten Orten sinnvoll sind, um die Feuerwehreinsätze wegen Dehydrierung

- 38 zu reduzieren. Ferner wollen wir prüfen lassen, inwiefern der Betrieb in Berlin
39 gesundheitspolitisch sinnvoll, abwassertechnisch machbar und insbesondere
40 wirtschaftlich sinnvoll ist. Bei einem prospektiven Prüfauftrag soll
41 insbesondere der absehbare Anstieg des Wasserpreises berücksichtigt werden.
- 42 • **Öffentlichen Nahverkehr** hitzebeständig nachzurüsten und zu planen. So sollen
43 bestehende Haltestellen von Bus, Tram und Bahnen überdacht und möglichst begrünt
44 werden sowie neu gebaute Halte möglichst klimatisiert sowie umweltbedingter
45 Schatten genutzt oder ein solcher einplant werden. Klimatisierter ÖPNV bzw.
46 Nahverkehr soll zudem ausgebaut werden.
 - 47 • **Bestehende Vegetation im Stadtgebiet** aufgrund der natürlichen Verdunstungskühle
48 ausreichend zu schützen, um insbesondere die ausreichende Wasserversorgung von
49 Bäumen z.B. durch Bewässerungssysteme flächendeckend zu gewährleisten. Die
50 Resilienz von urbanem Grün soll ebenfalls regelmäßig überprüft werden, um
51 potentielle Hitzeschäden und Folgeschäden am Baumbestand zu vermeiden und wenn
52 notwendig nachzusorgen. Zusätzliche Grünflächen („Climatic Relief Areas“) sollen
53 bei der Stadtplanung mitbetrachtet werden, wobei großteilig auf möglichst
54 hitzeresistente und allergikerfreundliche Pflanzenarten zu setzen ist. Darüber
55 hinaus wollen wir das System der Baumpatenschaften vollständig ersetzen.
56 Stattdessen sollen Bürger die Möglichkeit erhalten, Teile des öffentlichen
57 Baumbestandes zu erwerben, um sich dann eigenverantwortlich darum zu kümmern.
58 Bestehende Baumpatenschaften sollen in private Eigentumsrechte überführt werden
59 können.
 - 60 • **Die Integration zentraler unterirdischer Kühlsysteme** (district cooling systems)
61 auf dem bestehenden Abwassersystem nach Vorbild von Paris oder Singapur zu
62 prüfen.
 - 63 • **Flexible Öffnungs- und Arbeitszeiten** zu ermöglichen. Ein allgemeiner
64 Temperaturanstieg im Sommer könnte eine große Veränderungen der Bedürfnisse der
65 Menschen auf dem Arbeitsmarkt zufolge haben. Daher fordern wir eine umfassende
66 Liberalisierung des Arbeitsrechtes, hinsichtlich der Regelungen zu festen
67 Arbeitszeiten. Grundsätzlich sollen Unternehmen und Arbeitnehmer im Rahmen der
68 Vertragsfreiheit alle Regelungen zur Arbeitszeit vereinbaren, auf die beide
69 Vertragsparteien sich einigen. Dazu zählen unter anderem auch Möglichkeiten
70 einer Abkehr der klassischen Arbeitszeiten von 9-17 Uhr, der Abschaffung des
71 Sonntagsöffnungsverbotes oder die Einführung einer unternehmensinternen
72 "Siesta". Grundsätzlich sollen arbeitsrechtliche Regelungen dazu dienen die
73 Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen, ohne in übermäßiger Art und Weise in
74 die Vertragsfreiheit einzugreifen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 16: Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe

Antragsteller*in:	BV FKN
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe**
- 2 In Berlin hatten 2022 969.000 Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung. Demgegenüber
- 3 stehen jedoch nur 89.000 Sozialwohnungen. In fast einem Viertel aller Sozialwohnungen
- 4 wohnen zudem Mieter aus der oberen Einkommensschicht. Diese Mieter bekommen jedes
- 5 Jahr ihre Wohnungen mit Millionen von allen Steuerzahlern subventioniert.
- 6 Wir JuLis fordern daher die ausgesetzte Fehlbelegungsabgabe bei den landeseigenen
- 7 Wohnungsgesellschaften wieder einzuführen.
- 8 Die Abgabe soll die Lücke zwischen der Wohnungsmiete und der ortsüblichen
- 9 Vergleichsmiete schließen, sodass die Förderung den schwächsten der Gesellschaft
- 10 hilft und nicht zum Subventionsprogramm für Gutverdiener mutiert.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 17: Die Bürgerversicherung durch die Hintertür stoppen – für eine Absenkung der allgemeinen Versicherungspflichtgrenze

Antragsteller*in:	BV FKN
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Die Bürgerversicherung durch die Hintertür stoppen – für eine Absenkung der**
- 2 **allgemeinen Versicherungspflichtgrenze**

3

Die Versicherungspflichtgrenze ist derzeit vollkommen überhöht und erschwert den

4

Wechsel in die private Krankenversicherung erheblich. Der Kreis derjenigen, die

5

zwischen privater (PKV) und gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) wählen können,

6

wird stark eingegrenzt, und die Wahlfreiheit der Arbeitnehmenden wird somit bewusst

7

eingeschränkt. Dies entspricht einer schleichenden Einführung einer kollektiven

8

Bürgerversicherung für Arbeitnehmende durch die Hintertür.

- 9 Unsere Meinung ist jedoch: Wer seinen Beruf verantwortungsvoll ausübt und dort
- 10 wichtige Entscheidungen trifft, sollte auch das Recht haben dürfen,
- 11 eigenverantwortlich seine Krankenversicherung wählen zu dürfen.

- 12 Mit der stetigen Anhebung der Versicherungspflichtgrenze wird zudem der Wettbewerb
- 13 zwischen GKV und PKV behindert. Dabei sichert das Nebeneinander von GKV und PKV eine
- 14 hohe Qualität der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland.

- 15 Daher fordern wir eine Absenkung der Versicherungspflichtgrenze und somit einen
- 16 erleichterten Wechsel für Arbeitnehmende von der GKV zur PKV – Arbeitnehmende
- 17 sollten selbst frei entscheiden können, wie sie sich krankenversichern lassen
- 18 möchten.

19

Die strukturell bedingte Finanzierungslücke in den GKVen darf nicht durch eine hohe

20

Versicherungspflichtgrenze gelöst werden, sondern bedarf grundlegender Reformen zur

21

Stabilisierung der Finanzen, beispielsweise durch Einsparungen in der Verwaltung und

22

Verschmelzungen einzelner GKVen. Zudem müssen die Potenziale der Digitalisierung im

23

Gesundheitswesen stärker genutzt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 18: Die Informatiker von Morgen ausbilden

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Die Informatiker von Morgen ausbilden**

2 Die Bedeutung der Informatik in der heutigen Zeit ist unumstritten, trotzdem ist
3 nicht einmal bekannt, wie viele Berliner Schulen Informatik als Wahlpflichtfach
4 anbieten. Es sollte aber jedem Schüler die Möglichkeit gegeben werden, bereits in der
5 Schule Informatik zu lernen. Ein solches Angebot kann Schülern dabei helfen,
6 herauszufinden, ob ein späterer Beruf im Bereich Informatik der richtige Weg für sie
7 ist und selbst, wenn dies nicht der Fall sein sollte, sind informatische
8 Grundkenntnisse in nahezu jedem Beruf nützlich. Daher fordern wir die Jungen
9 Liberalen Berlin, dass jede Schule Informatik als Wahlpflichtfach angeboten werden
10 muss. So kann zumindest sichergestellt werden, dass alle interessierten Schüler die
11 Möglichkeit haben, Informatik zu lernen. Sollte es Schulen geben, die mangels
12 Lehrkräfte oder Ausstattung nicht einmal ein Wahlpflichtfach Informatik anbieten
13 können, sollen Möglichkeiten zur Kooperationen zwischen Schulen diesem Problem
14 übergangsweise abhelfen. Zudem fordern wir, § 23 IV VO-GO anzupassen, sodass auch
15 Informatik als erstes Prüfungsfach im Abitur gewählt werden kann. Damit wird das Fach
16 Informatik den naturwissenschaftlichen Fächern Biologie, Chemie und Physik
17 gleichgestellt und erlangt somit die Bedeutung, die es verdient.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 19: Wer nicht misst, ist Kommunist – Bundesjugendspiele als Wettkampf erhalten

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Wer nicht misst, ist Kommunist – Bundesjugendspiele als Wettkampf erhalten**
- 2 Die vom Familienministerium und Kultusministerkonferenz 2021 beschlossene
- 3 Neuausrichtung der Bundesjugendspiele im Primarbereich sieht eine Abkehr vom
- 4 bisherigen „Wettkampf“-Gedanken hin zum „Wettbewerb“ vor. Insgesamt soll durch eine
- 5 Reihe an Anpassungen der Leistungsanspruch zurückgefahren und der „Spaß an der
- 6 Bewegung“ in den Vordergrund gestellt werden (als schließe sich das aus). Die
- 7 Änderungen können sowohl in ihrer Intention als auch ihrer technischen Umsetzung
- 8 nicht überzeugen, weshalb sich die Jungen Liberalen Berlin gegen ebenjene
- 9 Neuausrichtung aussprechen. Dem Narrativ, durch die Bundesjugendspiele helfe man
- 10 Kindern eine ungesunde Leistungskultur über, schließen wir uns nicht an. Zum einen
- 11 haben die Kinder einen intrinsischen Antrieb, sich untereinander zu messen: Beim
- 12 Fangen auf dem Pausenhof geht es selbstverständlich darum, wer der Schnellste ist.
- 13 Zweitens leben wir in einer Leistungsgesellschaft und deshalb ist es grundsätzlich
- 14 richtig, dass Kinder lernen, dass man sich im Leben anstrengen muss, um
- 15 voranzukommen. Wer glaubt, man helfe den Kindern, indem man sie nicht mehr mit
- 16 persönlichen Niederlagen konfrontiert, erweist der charakterlichen Entwicklung dieser
- 17 Kinder am Ende einen Bärendienst. Dem Trend, Leistung immer geringer zu schätzen und
- 18 Kinder möglichst davor bewahren zu wollen, stellen wir uns entgegen. Viele Änderungen
- 19 in der Durchführung haben eine Verringerung der Vergleichbarkeit zum Gegenstand mit
- 20 der Begründung, dies mindere den Wettkampf-Charakter ab. Die Verwendung von „Zonen“
- 21 beim Weitsprung und Weitwurf statt exakter Werte ist nur eines von vielen Beispielen.
- 22 Was zu Recht an der Benotung kritisiert wird, sie sei oft schlecht vergleichbar,
- 23 führt man hier bewusst ein und verkauft es dann noch als Feature. Anhand der
- 24 ungenaueren Werte werden dann weiterhin die bekannten Ehren-, Sieger- und
- 25 Teilnehmerurkunden verliehen, allerdings anhand fester Schlüssel. Inwiefern eine
- 26 schlechtere Vergleichbarkeit die Motivation zum Sporttreiben erhöhen soll, bleibt
- 27 nicht nachvollziehbar. Dennoch gibt es auch berechtigte Kritik an den
- 28 Bundesjugendspielen, zuvorderst die Auswahl der Sportarten. Hier könnte man mehr
- 29 Freiräume schaffen, indem man die Wahlmöglichkeiten ausweitet. Neben den bisherigen
- 30 Disziplinen Turnen, Leichtathletik und Schwimmen wäre bspw. auch Fitness oder
- 31 Kraftsport denkbar. Grundsätzlich sollte weiterhin „Grundlagensport“ im Fokus stehen
- 32 (bspw. fürs Fußballspielen ist auch Ausdauerlauf und Sprint wichtig). Die Forderung
- 33 nach mehr Teamsport ist grundsätzlich nachvollziehbar und könnte durch die
- 34 Durchführung von schulinternen Turnieren als Begleitveranstaltung adressiert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 20: Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot**

2

3 In den letzten Wochen gingen Millionen von Menschen, darunter viele Liberale, in
4 Deutschland auf die Straße, um gegen die AfD und Rechtsextremismus zu demonstrieren.
5 Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, doch es ist beunruhigend festzustellen, dass die
6 AfD weiterhin in Umfragen stark abschneidet. Das wirft die Frage auf, was dagegen
7 getan werden kann. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es darauf keine
8 sofortige umfassende Antwort geben kann. Dennoch möchten wir erste Schritte in
9 Richtung einer Verbesserung der Situation unternehmen.

10

11 Der AfD den Wind aus den Segeln nehmen!

12

13 Der Liberalismus zeichnet sich durch ein optimistisches Menschenbild aus. Daher
14 sollten wir die Menschen nicht belehren, warum es falsch ist, die AfD zu wählen.
15 Vielmehr müssen wir sie wieder von unseren Ideen überzeugen und ihnen vor allem
16 Hoffnung geben.

17 Die AfD erzielt besonders hohe Ergebnisse in ländlichen und teilweise ostdeutschen
18 Gebieten Deutschlands. Vor Ort hört man oft, dass sich die Menschen "abgehängt"
19 fühlen oder dass die Politik sie zu wenig einbezieht. Hier müssen wir uns
20 selbstkritisch hinterfragen. Als FDP und Julis sind wir auf dem Land oft personell
21 unterbesetzt. Daher ist es wichtig, in Zukunft während des Wahlkampfs vermehrt
22 Unterstützung in ländlichen Gebieten zu leisten, beispielsweise durch
23 Wahlkampfaktionen nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land. Damit einher
24 geht die Stärkung unserer Kommunen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, um langfristig
25 die Vielfalt in unserem Land zu erhalten und Politik gemäß den Bedürfnissen der
26 Menschen zu gestalten.

27 In Krisenzeiten neigt jeder Mensch dazu, die Fehler bei anderen zu suchen. Daher
28 sollten wir als Liberale mit gutem Beispiel vorangehen und unsere bisherige
29 Herangehensweise selbstkritisch hinterfragen. Unsere Kommunikation als FDP muss
30 verbessert werden, und wir müssen verstehen, dass vergangene und zukünftige Krisen
31 nicht ohne starke Kompromisse von allen Seiten gelöst werden können. Das bedeutet
32 nicht, dass wir uns mit unseren Mitbewerbern auf der politischen Bühne nicht mehr um
33 die besten Ideen streiten dürfen, aber wenn ein Kompromiss erreicht ist, sollten wir
34 diesen unterstützen.

35 Als Junge Liberale Berlin lehnen wir ein Verbotsverfahren gegen die AfD ab, nicht
36 weil wir es grundsätzlich falsch finden, sondern weil es sich über Jahre hinziehen
37 und von der AfD zu ihrem Vorteil genutzt werden könnte.

38

39 Demokratie schützen

40

41 Auch wenn ein Großteil der AfD-Wähler nicht rechtsextrem ist, gibt es dennoch
42 rechtsextreme Strukturen innerhalb der Partei. In Zeiten, in denen die AfD
43 Umfrageergebnisse von bis zu 23% erzielt, müssen wir unsere Demokratie vor den Folgen
44 einer starken AfD schützen. Noch haben wir in dieser Legislaturperiode alle
45 Möglichkeiten dazu, und wir sollten sie nutzen. Wir begrüßen ausdrücklich den
46 Vorschlag der Ampelregierung, das Verfassungsgericht gesetzlich stärker zu schützen.
47 Wie wir in Polen und Ungarn beobachten konnten, sind Verfassungsgerichte für
48 Rechtspopulisten oft die erste Anlaufstelle, um das demokratische System zu ihren
49 Gunsten zu verändern. Daher sprechen wir uns klar dafür aus, dass bestimmte
50 Strukturen des Bundesverfassungsgerichts nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit
51 verändert werden können. Dazu gehört die Aufteilung in zwei Senate mit je acht
52 Richterinnen und Richtern für eine Amtszeit von zwölf Jahren. Sollte eine
53 rechtsextreme Partei einmal über ein Drittel der Plätze im Bundestag gewinnen, wäre
54 sie in der Lage, die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht zu blockieren.
55 Die Richter werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat entsandt und
56 müssen mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Daher setzen wir uns dafür ein,
57 dass die Wahl der Richter in Zukunft auch über Kreuz erfolgen kann. Das würde
58 bedeuten, dass der Bundesrat die übrigen Plätze wählen könnte, falls der Bundestag
59 nicht zu einer Entscheidung käme, und umgekehrt.

60

61 „Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu
62 tolerieren.“

63

64 Dennoch müssen wir gegen diejenigen, die unsere freiheitlich demokratische
65 Grundordnung beschädigen wollen, vorgehen. Dabei ist es uns jedoch wichtig das
66 richtige Maß und Mittel zu finden. Extremisten haben keinen Platz an unseren
67 Universitäten und Hochschulen! Daher soll die Exmatrikulation von Studierenden, die
68 durch Extremismus und/oder Antisemitismus auffallen, deutlich erleichtert werden.
69 Vorfälle, wie an der Freien Universität, bei dem ein jüdischer Student von einem
70 Kommilitonen verprügelt wurde, sind ein Armutszeugnis für unser Land. Daher soll das
71 Hochschulgesetz Berlins dahingehend geändert werden, die Universitäten
72 handlungsfähiger zu machen. Zusätzlich sollen in Zukunft an Personen, die Mitglied in
73 gesichert rechtsextremen Verbänden sind, keine Stipendien, welche durch den Staat
74 finanziert werden, vergeben werden. Das Gleiche soll für BAföG gelten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 21: frei, freier, Sexarbeit!

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 frei, freier, Sexarbeit!

2 Als Liberale ist uns die Selbstbestimmung ein zentrales Anliegen. Dies schließt die
3 sexuelle Selbstbestimmung uneingeschränkt mit ein, einschließlich der freien
4 Entscheidung über die Ausübung von Sexarbeit. Deswegen sprechen wir uns als Junge
5 Liberale Berlin ganz klar gegen Sexkaufverbote oder anderen Formen der
6 Kriminalisierung, wie das „Schwedische Modell“, aus. Denn diese drängen die
7 Sexarbeitenden in die Kriminalität, wodurch selbstbestimmte Sexarbeit und
8 menschenwürdige Arbeitsbedingungen nur noch schwerer sicherzustellen sind.

9 Für Selbstbestimmung und gegen Kriminalisierung

10 Die derzeitige Regulierung der Sexarbeit zielt zwar darauf ab, Sexarbeitende vor
11 Ausbeutung zu schützen, verfehlt jedoch oft die Realität. Insbesondere erschwert sie
12 die Arbeit nur für diejenigen, die diesem Beruf freiwillig nachgehen. Dies muss sich
13 ändern. Jedes Jahr sind Sexarbeitende dazu verpflichtet, an gesundheitlichen
14 Beratungen teilzunehmen. Diese Beratungsgespräche sind zum Teil nicht nur
15 stigmatisierend, sondern vermitteln Menschen, die im Sexgewerbe tätig sind, keinerlei
16 neue Informationen. Daher fordern wir als Junge Liberale Berlin, dass die
17 Verpflichtung, an diesen Schulungen teilzunehmen, vollständig entfällt.
18 Gesundheitliche Beratungen sollen als freiwilliges Angebot weiterhin bestehen
19 bleiben. Zusätzlich zu den gesundheitlichen Beratungen müssen Sexarbeitende alle
20 zwei Jahre ihre Anmeldebescheinigung, auch „Hurenpass“ genannt, verlängern lassen.
21 Nicht nur enthält, dieser keinerlei Informationen abgesehen von einem Passfoto,
22 sondern viele Sexarbeitende fühlen sich bei dem Mitführen der Bescheinigung
23 diskriminiert. Der Pass dient in keinsten Weise dem Schutz von Sexarbeitenden. Ganz
24 im Gegenteil, da Betroffene von beispielsweise Zwangsprostitution in der Regel nicht
25 angemeldet sind, wenden sie bei Übergriffen weniger an Behörden, da sie eine Strafe
26 befürchten. Deswegen setzen wir uns für die Abschaffung des „Hurenpass“ ein. Darüber
27 hinaus sollen Personen, die der Prostitution nur nebenberuflich und im geringen Maße
28 nachgehen, nicht mehr unter die strengen Aufgaben des Prostituiertenschutzgesetz
29 fallen. Obwohl Bordelle für Sexarbeitende eine der sichersten Orte sind, ihre Arbeit
30 durchzuführen, sind sie am stärksten reguliert und erfahren am häufigsten Prüfungen
31 durch Behörden. Sexarbeitende, die ihre Dienstleistung hingegen alleine in Wohnungen
32 anbieten, laufen eine höhere Gefahr ausgenutzt zu werden. Deswegen sollen die
33 Ressourcen der Behörden in Zukunft bei Einrichtungen, die in der Vergangenheit wenig
34 bis gar keine Auffälligkeiten gezeigt haben, eingespart werden.

35 Zwangsprostitution bekämpfen

36 Wie in jeder Branche, gibt es auch im Bereich der Sexarbeit schwarze Schafe. Anstatt
37 jedoch die gesamte Branche als Kollektiv zu bestrafen, muss explizit gegen Personen,
38 die die Notlage von Sexarbeitenden ausnutzen, schärfer vorgegangen werden. Derzeit
39 wird die Ausnutzung einer Person im Rahmen von Prostitution weniger stark bestraft,

40 als wenn beispielsweise an einer Person gegen ihren Willen sexuelle Handlungen verübt
41 werden. Diesem Missverhältnis muss ein Ende gesetzt werden. Es kann nicht sein, dass
42 ein Vergehen im Bereich der Zwangsprostitution weniger stark geahndet wird. Die
43 Strafbarkeit nach § 181a StGB sollte auch auf Einzelfälle ausgeweitet werden, da
44 bereits die einzelne Ausbeutung oder Überwachung einer Person, die der Prostitution
45 nachgeht, zum eigenen Vermögensvorteil eine erhebliche Grenzüberschreitung darstellt.
46 In Deutschland ist es derzeit nur strafbar, wenn die Beziehung zu der betroffenen
47 Person über den Einzelfall hinausgeht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 22: Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit

Antragsteller*in:	BV LiMaH
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin lehnen die von der EU geplante Einführung eines digitalen
- 3 Euros ab. Hohe technische und regulatorische Standards, wie von der FDP-
- 4 Bundestagsfraktion gefordert, können zwar einstweilig verhindern, dass von
- 5 staatlicher Seite in den Zahlungsverkehr eingegriffen wird oder sensible Daten der
- 6 Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden; dennoch wird dadurch das
- 7 Missbrauchspotential des digitalen Euros nicht nachhaltig beseitigt. Vor dem
- 8 Hintergrund auch in der EU erstarkender antidemokratischer Kräfte halten wir es für
- 9 fatal, mit dem digitalen Euro ein Instrument zu schaffen, das potentiell die
- 10 Anonymität und Freiheit des Zahlungsverkehrs gefährden kann – schließlich können
- 11 technische Beschränkungen umgangen und regulatorische Hürden ausgesetzt werden. Vor
- 12 dem Hintergrund der Tatsache, dass Bargeld als sichere und anonyme Zahlungsmethode
- 13 weiterhin erhalten bleibt, sehen wir in der Einführung einer digitalen Ergänzung
- 14 keinen Mehrwert.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 23: Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Artikel 15 und Artikel 14 Absatz 3 des
- 3 Grundgesetzes ersatzlos zu streichen.

Begründung

Der Schutz von Eigentum hat Verfassungsrang. Dennoch sieht das Grundgesetz eine unmittelbare Beschneidung des Eigentumsschutzes vor. Auf Basis eines Gesetzes darf nach Art. 14 Absatz 3, bzw. Art. 15, eine Enteignung im Interesse der Allgemeinheit gegen eine Entschädigung vorgenommen werden. Auch wenn dieser Mechanismus bis dato zumeist für kleine Vorgänge verwendet wurde, wie die Enteignung privater Grundstücke zum Bau von Straßen, Bahntrassen oder Kohletagebaue, stellt sie einen empfindlichen Eingriff des Staates in die persönliche Souveränität der Bürgerinnen und Bürger dar. Nicht zuletzt beim Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ 2021 zeigte sich, dass die bloße Existenz dieses Instruments, gefährliche politische Phantasien zur Folge haben kann. Durch die fortlaufende Enteignungsdebatte sind Eigentümer verunsichert und halten Investitionen zurück. Anstatt weiterhin linkssozialistischen Ideen Nährboden zu bereiten, sollte sich der Staat gänzlich dem Schutz des privaten Eigentums verschreiben. Für die oben genannten „kleinen“ Fälle des Art. 14(3), bzw. Art. 15, existiert weiterhin die Möglichkeit bilaterale Einigungen zwischen dem Staat und dem Eigentümer auf Augenhöhe zu finden – notfalls unter Einbeziehung eines externen Schlichters.

Antrag 24: Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen

Antragsteller*in:	BV TS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen

2

3 Toleranz, Pluralismus und Meinungsfreiheit zeichnen den liberalen Rechtsstaat aus –
4 insbesondere im Umgang mit Haltungen, die staatlichen Zielen und gesellschaftlichen
5 Normen vermeintlich zuwiderlaufen. Gleichzeitig geraten Liberalität und Demokratie
6 zunehmend unter Druck durch eine wachsende Radikalisierung in Teilen der
7 Gesellschaft, die nicht zuletzt durch die Sozialen Medien an Dynamik und Intensität
8 gewonnen hat, und sich in einer Verrohung der Debattenkultur, Missinformation,
9 gesellschaftlicher Spaltung bis hin zu Gewalt gegen Minderheiten Bahn bricht. Eine
10 Destabilisierung unseres demokratischen Gemeinwesens durch derlei Entwicklungen
11 wollen wir nicht zulassen. Der liberale Rechtsstaat muss resilient sein gegen
12 Extremismus und radikale Agitation, ohne dabei selbst seine Grundsätze von Toleranz,
13 Pluralismus und Meinungsfreiheit aufzugeben. In diesem Kontext muss auch der
14 gesetzliche Rahmen gestärkt werden, um Resilienz unserer Demokratie zu gewährleisten,
15 Toleranz zu erhalten und die Gesellschaft gegen unterschiedliche Extremismen zu
16 schützen.

17

18 Hass im Netz

- 19 • Immer mehr kommt es in sozialen Medien zu einer Verrohung des Diskurses, der
20 Verbreitung von Fehlinformation und der Entstehung von Echokammern. In diesem
21 Kontext fordern die Jungen Liberalen:
- 22 • Wir wollen in das Regelwerk des Digital Service Acts (DSA) der Europäischen
23 Union eine unabhängige Medienaufsicht ähnlich wie in Deutschland integrieren und
24 für Internetplattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern in einem jährlichen
25 Turnus Berichtspflichten für Content-Moderation einführen.
- 26 • Social-Media-Plattformen sind Gatekeeper für die Meinungsfreiheit im Netz. Dass
27 sie auch gegen nicht rechtswidrige Inhalte vorgehen, ist aufgrund der
28 Privatautonomie grundsätzlich zulässig, jedoch müssen sich Social Media
29 Plattformen hierbei im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegen.
- 30 • Bei der Verfolgung mutmaßlicher Straftaten im Netz darf die Abwägung von
31 Grundrechten nicht in die Hände von Digitalkonzernen gelegt werden, die damit
32 noch einflussreicher für den Meinungsbildungsprozess werden und zu overblocking
33 neigen können. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist daher abzuschaffen. Wir
34 setzen in erster Linie auf die individuelle Strafverfolgung durch eine personell
35 und technisch ausreichend ausgestattete Polizei, die dafür konkret geschult und
36 verstärkt werden muss. Zur besseren Rechtsdurchsetzung sind Plattformen dazu zu
37 verpflichten, digitale Beschwerdemöglichkeiten für User wie sonstige Betroffene

38 einzurichten.

- 39 • Finanzierung politischer Social-Media-Kampagnen aus dem EU-Ausland muss
40 verhindert und die Plattformen verpflichtet werden, diese durch Transparenz und
41 Offenlegungspflichten zu unterbinden.
- 42 • Staatliche Regulierungen und Versuche, die Verbreitung von Falschinformationen
43 rechtlich zu sanktionieren, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen wollen wir
44 die Desinformationstaskforce des Bundesinnenministeriums ausbauen.
45 Desinformationskampagnen sollen außerdem konsequent in die Berichte der
46 Verfassungsschutzbehörden aufgenommen werden.
- 47 • Anonymität im Netz muss grundsätzlich möglich sein. Eine Klarnamenpflicht lehnen
48 wir ab. Verbale Attacken im Netz und Cybermobbing dürfen rechtlich nicht
49 folgenlos bleiben. Über die konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten
50 des Strafrechts ist § 1 des Opferentschädigungsgesetzes vom „tätlichen Angriff
51 mit gesundheitlichen Folgen“ um den „psychischen Angriff mit gesundheitlichen
52 Folgen“ zu ergänzen.

53

54 Schutz vor Diskriminierung und Hasskriminalität

55

- 56 • Intoleranz und Hass bleiben nicht nur im Raum des Verbalen, sondern
57 manifestieren sich in diskriminierenden Handlungen oder in roher Gewalt. Um dem
58 zu begegnen fordern wir:
- 59 • Abs. 3 GG muss um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität
60 erweitert werden. Diese Reform ist überfällig und notwendig, um der
61 LGBTIQCommunity endlich einen Schutz vor Diskriminierung im Verfassungsrang zu
62 geben. Um die Anzeigebereitschaft gegen queerfeindliche Übergriffe und
63 Straftaten zu erhöhen, sollen bei den Polizeibehörden konkrete Ansprechpartner
64 für homo- und transfeindliche Gewalt geschaffen werden.
- 65 • Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll auch eine Diskriminierung
66 aufgrund der Staatsangehörigkeit untersagen. Damit soll insbesondere die
67 Handhabe gegen israelbezogenen Antisemitismus gestärkt werden.
- 68 • Die Sicherheitsbehörden müssen gegen volksverhetzende oder Terrorismus
69 billigende Botschaften, Aufrufe und Sprechchöre bei Demonstrationen und
70 Versammlungen konsequent vorgehen, Versammlungen in solchen Fällen konsequent
71 auflösen und in begründeten Ausnahmen von Vornherein verbieten. Dass die Berliner
72 Polizei nach den Terroranschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober zunächst
73 nicht wegen des Verdachts auf Billigung von Straftaten gegen Sympathisanten der
74 Hamas ermitteln wollte, die auf der Sonnenallee Süßigkeiten verteilten und den
75 Terror gegen Juden und Israelis feierten, ist beschämend. § 140 StGB muss soweit
76 konkretisiert werden, dass Interpretationsspielräume bei der Ahndung solcher
77 Handlungen minimiert werden.
- 78 • Wer den Hass auf unsere Straßen trägt, kann in Deutschland keinen
79 Aufenthaltstitel erhalten – das gilt insbesondere in Bezug auf die
80 Ausschreitungen und antisemitischen Sprechchöre bei antiisraelischen
81 Demonstrationen, aber z. B. auch für die Gewalt zwischen eritreischen Gruppen im

82 September 2023. Die Möglichkeiten des Aufenthaltsrecht zur Abschiebung und
83 Ausweisung Beteiligter müssen konsequent ausgeschöpft werden. Ferner ist eine
84 Konkretisierung und Ausweitung der Abschiebegründe nach § 53 Abs. 1 AufenthG
85 vorzunehmen. Eine Abschiebung oder Ausweisung soll nicht erst bei einer Gefahr
86 für die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“, sondern bereits bei einer
87 Gefährdung des öffentlichen Friedens zweifelsfrei erfolgen können – etwa bei
88 Delikten i. S. d. §§ 126 (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von
89 Straftaten), 130 (Volksverhetzung), 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten)
90 oder 166 (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und
91 Weltanschauungsvereinigungen) StGB. Bei Straftaten in Zusammenhang mit
92 Hasskriminalität und Volksverhetzung soll eine Abschiebung zudem unabhängig von
93 der Höhe des Strafmaßes erfolgen.

94

95 Spaltung und Agitation auf institutioneller Ebene begegnen

96

- 97 • Radikale Organisationen unternehmen vermehrt den Versuch, in staatlichen Gremien
98 und 95 Institutionen an Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig nutzen auch fremde
99 Staaten 96 Kommunikationskanäle und Finanzierungswege, um Einfluss auf die
100 gesellschaftliche 97 Debatte zu nehmen und die deutsche bzw. europäische
101 Demokratie zu unterminieren. Um 98 dies zu verhindern, fordern wir:
- 102 • Die Auslandsfinanzierung religiöser Strukturen, wie wir sie insbesondere im
103 islamischen Umfeld erleben, muss verboten werden. Religionsgemeinschaften dürfen
104 nicht zum verlängerten Arm ausländischer Mächte werden. Stattdessen sollte das
105 Modell der Kirchensteuer auch anderen Religionsgemeinschaften eröffnet werden,
106 um eine inländische Finanzierung gewährleisten zu können.
- 107 • Die Imamausbildung soll künftig in Deutschland erfolgen. Dies wiederum setzt
108 voraus, dass Islamische Theologie an Universitäten in Deutschland studiert
109 werden kann. Dabei darf es keine Kooperation mit DITIB oder anderen
110 konservativen Islamverbänden, wie sie vornehmlich im Zentralrat der Muslime
111 vorzufinden sind, geben. Wir wollen stattdessen mit liberalen Islamverbänden wie
112 Muslimisches Forum Deutschland, Liberal-Islamischer Bund und der Ibn-
113 RushdGoethe-Moschee zusammenarbeiten.
- 114 • Fundamentalistische Islamverbänden darf keine Mitwirkung in Gremien wie der
115 Islamkonferenz gewährt werden. Fundamentalistische und aus dem Ausland
116 finanzierte Institutionen wie das Islamische Zentrum in Hamburg (IZH) müssen
117 geschlossen werden.
- 118 • Konfuzius-Institute, die seit 2006 von der Regierung der Volksrepublik China an
119 deutschen Hochschulen gegründet und finanziert werden, um unter dem Vorwand der
120 Förderung von chinesischer Sprache und Kultur Einfluss auf die akademische Lehre
121 zu nehmen und Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas zu verbreiten, müssen
122 vollständig von deutschen Bildungsstätten entkoppelt werden.
- 123 • Hochschulen sollen künftig dazu verpflichtet werden, Mittelzuwendungen aus dem
124 außereuropäischen Ausland zu erfassen und transparent zu veröffentlichen.
125 Hochschulen müssen ein Ort der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sein.
126 Versuchen einzelner Gruppen oder gar der Hochschule selbst, die Freiheit der

- 127 Lehre zu beschränken, politisch unliebsame Veranstaltungen zu blockieren oder zu
128 untersagen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 25: Gastronomie muss bezahlbar bleiben!

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Gastronomie muss bezahlbar bleiben!
- 2
- 3 Während der Pandemie wurde die Mehrwertsteuer in der Gastronomie aufgrund der
- 4 schwierigen Situation für Gastronomen auf 7% gesenkt. Nun plant die Bundesregierung
- 5 die ermäßigte Mehrwertsteuer wieder zu erhöhen. Wir sehen die Probleme der
- 6 Gastronomen, welche mit gestiegenen Preisen im Einkauf umgehen müssen, und auch der
- 7 Bürger, die sich immer seltener das Essen außer Haus leisten können. Damit in
- 8 Deutschland auch weiterhin ein so vielseitiges gastronomisches Angebot existieren
- 9 kann, fordern wir, die Mehrwertsteuer dauerhaft auf 7% für alle gastronomischen
- 10 Leistungen zu senken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 28: Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten
- 2
- 3 Die Bundesrepublik blickt auf eine lange Tradition als Kulturnation zurück. Unser
- 4 Ziel ist es, die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland
- 5 abzusichern. In diesem Zusammenhang arbeiten wir daran, die kulturelle Bildung in
- 6 unserem Land auszubauen. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Museen. In diesem
- 7 Zusammenhang setzen wir nicht nur auf solche in öffentlicher Trägerschaft, sondern
- 8 auch auf die in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen. Eine gesunde
- 9 Wettbewerbskultur zwischen den verschiedenen Einrichtungen erachten wir dabei als
- 10 förderliche Anreizstruktur. Eben diesen Wettbewerb insbesondere zuungunsten von
- 11 Museen in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen auszuhebeln, indem kostenloser
- 12 Eintritt in Museen öffentlicher Trägerschaft gewährt wird, halten wir daher für
- 13 kontraproduktiv. Deshalb setzen wir uns dafür ein, grundsätzlich die Erhebung eines
- 14 Entgelts in öffentlichen Museen als wichtige Einkommensquelle mit positiver
- 15 Anreizwirkung für den Ideenwettbewerb aufrecht zu erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 29: Gesundheitsversorgung auf nachhaltige FüÙe stellen

Antragsteller*in:	BV TS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Gesundheitsversorgung auf nachhaltige FüÙe stellen

2

3 Die Lebenserwartung in Deutschland wächst Jahr für Jahr dank einer der besten
4 Gesundheitsversorgungen der Welt. Doch dieses System steht auf einem morschen
5 Fundament. Denn das Geld in der Gesetzlichen Krankenversicherung reicht bereits seit
6 2004 nicht mehr aus. Was 2004 noch ein Steuerzuschuss von einer Milliarde war, könnte
7 im Jahr 2030, bei Einbezug einer Beitragssteigerung um 2,4% auf 18,4%, ein
8 Steuerzuschuss von 22,5 Milliarden werden. Langfristig wird es daher nicht anders
9 gehen, als unser Gesundheitssystem zulasten von Investitionen oder durch Schulden zu
10 finanzieren. Dieses Vergehen an künftigen Generationen gilt es abzuwenden. Es gilt
11 daher es, die dringend benötigte und hochqualitative Gesundheitsversorgung auf eine
12 verlässliche Finanzierung zu stellen. Für uns ist klar: Die Gesetzliche
13 Krankenversicherung muss schnellstmöglich echte Reformen erfahren, um den
14 Finanzierungsdruck zu senken und langfristig von einer generationsgerechteren
15 Alternative ersetzt zu werden. Um die Finanzierungsnot der gesetzlichen
16 Krankenversicherung innerhalb des umlagefinanzierten Systems zu verringern, fordern
17 wir:

18

- 19 • Abschaffung der Familienversicherung für Menschen über dem Doppelten des
20 durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommens.

21

22 Die Familienversicherung ist ein probates Mittel, um Familien in unteren und
23 mittleren Einkommensgruppen zu entlasten. Doch ermöglicht die Familienversicherung,
24 dass eine Familie mit zwei Kindern, in welcher beide Elternteile durchschnittlich
25 verdienen rund genauso viel zu der Solidargemeinschaft der gesetzlichen
26 Krankenversicherung beiträgt, wie eine Familie mit drei Kindern und einem nicht
27 arbeitenden Elternteil, in der das andere Elternteil über der
28 Beitragsbemessungsgrenze liegt. Dies ist nicht solidarisch. Daher ist die
29 Verfügbarkeit der Familienversicherung auf untere und mittlere Einkommensgruppen zu
30 begrenzen. Ist eine Familienversicherung nicht möglich, so sollen Kinder, sollten
31 deren Eltern Teil der gesetzlichen Krankenversicherung sind, innerhalb der
32 gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden. Hierfür ist ein monatlicher
33 Beitrag von den Eltern zu entrichten.

34

- 35 • Die Schaffung eines einheitlichen Leistungskataloges unter der Leitung von dem
36 Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

37

38 Die gesetzliche Krankenversicherung verfügt bis heute über keinen transparenten

39 Leistungskatalog. Dies verhindert nicht nur eine umfassende Transparenz für den
40 Versicherten, sondern auch ein klares Evaluieren von angebotenen Leistungen. Bei dem
41 Erstellen des Leistungskataloges soll jede Leistung per Kosten-Nutzen Analyse
42 überprüft werden. Hierbei sollen die Leistungen mit Bezug zur Homöopathie in den
43 Katalog der Individuellen Gesundheitsleistungen überführt werden.

44

45 • einem Selbstbehalt pro ambulante Leistungen und Arzneimittel.

46

47 Die Versicherten werden somit dazu aufgefordert für jede in Anspruch genommene
48 Leistung ein Teil der Kosten selbst zahlen. Dieser Selbstzahleranteil ist innerhalb
49 des verbindlichen Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung ausgewiesen
50 werden. Um hier die Bürokratie bei den Ärztinnen und Ärzten möglichst zu minimieren,
51 sollen die Ärztinnen und Ärzte die Rechnung über die erbrachten Leistungen zunächst
52 an die gesetzlichen Krankenkassen stellen. Diese sollen anschließend die
53 Selbstbehalte von dem Versicherten einziehen.

54

55 • der Ausgliederung aller zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen.

56

57 Bereits heute wird ein Teil der Kosten durch private Zuzahlungen getragen oder durch
58 ergänzende private Zusatzversicherungen abgedeckt. Patienten und Zahnärzte sind daher
59 bereits an Marktprinzipien und patientenspezifische Abrechnung gewöhnt. Die
60 individuelle Mehrbelastung durch die Ausgliederung aller zahnärztlichen und
61 zahntechnischen Leistungen in den eigenverantwortlichen bzw. privaten Bereich ist
62 daher relativ gering.

63

64 • Die Pflichtversicherung abzuschaffen und durch eine Pflicht zur Versicherung zu
65 ersetzen.

66

67 Jeder Person soll es ermöglicht werden, zumindest den Basistarif der privaten
68 Krankenversicherer wahrzunehmen und somit zu einer nachhaltig finanzierten
69 Gesundheitsversorgung beizutragen. Jedoch soll im Gegenzug die Berechtigung zur
70 Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung auf ein Alter von 40 Jahren abgesenkt
71 werden und für Rückkehrer die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden.

72

73 Langfristig muss jedoch die gesetzliche Krankenversicherung ihre tragende Rolle in
74 der Gesundheitsversorgung abgeben. Ersetzt werden soll die Pflichtversicherung mit
75 einer Umlagefinanzierung durch eine Pflicht zur Versicherung durch eine privat
76 organisierte Kapitaldeckung. Dabei soll der PKV-Basistarif, welcher dem
77 Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, bestehen bleiben.
78 Die verschiedenen Krankenkassen werden somit zu einer gesetzlichen
79 Krankenversicherung zusammengeführt. Diese soll künftig nur noch Bedürftige
80 finanziell unterstützen, den Basistarif der privaten Versicherer wahrzunehmen, wenn
81 diese sich länger als ein Jahr lang im Notlagentarif eines privaten Versicherers

82 befinden. In diesem Zuge ist der Beitrag zu der gesetzlichen Krankenversicherung
83 deutlich abzusenken. Mit dieser Reform gewinnen die privaten Krankenversicherer
84 deutlich an Bedeutung. Um hier jedoch eine patientenorientierte medizinische
85 Versorgung zu sichern, ist das Kostenerstattungsprinzip in der privaten
86 Krankenversicherung gesetzlich zu implementieren und die Gebührenordnung für Ärzte
87 weiter beizubehalten. Rabattverträge oder Budgetierungen zwischen den privaten
88 Versicherern und Ärztinnen und Ärzten sind daher strikt zu untersagen. Um eine
89 Aktualität dieser zu gewährleisten und die Gebührenordnung für Ärzte vom politischen
90 Kalkül unabhängig zu machen, soll ein gemeinsamer Ausschuss mit Vertretern der
91 Bundesärztekammer und der privaten Versicherungsunternehmen eingesetzt werden. Das
92 Bundesministerium für Gesundheit soll hier lediglich die Aufgabe der Rechtsaufsicht
93 wahrnehmen. Die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung wird
94 an die Ärztekammern bzw. Zahnärztekammern übertragen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 31: Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse

Antragsteller*in:	Alexander Kobuss
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse**

2

3 Die Pandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystem für die Bevölkerung
4 deutlich gemacht. Ständig steigende Krankenkassenbeiträge kaschieren die marode
5 Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Staatliche Umlagefinanzierung und
6 Planwirtschaft der Bepreisung mag gut gemeint sein; sie ist aber teuer und kostet
7 jeden Tag Menschen das Leben, weil sie nicht die Versorgung erhalten, die sie
8 brauchen. Deutschland hat im OECD Vergleich mit die höchsten Kosten für das
9 Gesundheitswesen bei einer immens gesteigerten Übersterblichkeit. Daher ist es
10 notwendig das System der Kranken- und Pflegeversicherung in Deutschland neu zu denken.
11 Die schrittweise Liberalisierung des Gesundheitswesens soll eine höhere Qualität der
12 Gesundheitsversorgung zu geringeren Kosten für alle Bürgerinnen und Bürger
13 gewährleisten, sodass jede Person die individuelle Leistung erhält, die sie
14 benötigt.

15

16 **Phase 1: Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**

17

18 Um einen graduellen Übergang zu einer schrittweisen Liberalisierung zu ermöglichen,
19 müssen zunächst die Schwächen des Systems von Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV)
20 und Privater Krankenversicherung (PKV) angegangen werden. Dafür soll das staatliche
21 Angebot der GKV in einen Wettbewerb mit den privaten Gesundheitsdienstleistungen
22 treten. Nach Schweizer Vorbild soll der Deutsche Versicherungszwang durch eine
23 allgemeine Pflicht zur Versicherung ersetzt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für
24 den Eintritt in die PKV wird abgeschafft. Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern
25 künftig möglich sein, zwischen den Dienstleistern der GKV und PKV frei zu entscheiden
26 und beliebig zu wechseln. Kontrahierungszwänge, die Versicherungsnehmer fest an die
27 GKV oder PKV fesseln, sollen untersagt und wettbewerbsrechtlich verfolgt werden. Um
28 auch die Option privater Zusatzversicherungen attraktiver zu gestalten, soll die
29 Abschaffung gesetzlicher Preiskontrollen für die Leistungen der Krankenversicherungen
30 forciert werden. Dadurch werden wirtschaftliche Fehlallokationen durch staatliche
31 Preiskontrollen vermieden und bessere Qualität der medizinischen Leistungen für
32 Patientinnen und Patienten gesichert. Die Versicherungssteuer soll abgeschafft werden
33 und stattdessen Versicherungen unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz fallen. Die
34 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen von der Umsatzsteuer ausgenommen sein.
35 Ebenso müssen Leistungen, die durch die gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden,
36 sorgfältig geprüft werden. Das erprobte Instrument des Gemeinsamen Bundesausschusses
37 (G-BA) ist am besten dafür geeignet, um evidenzbasiert medizinische Dienstleistungen
38 in den Katalog der GKV mit aufzunehmen. Die schleichende Zentralisierung dieser
39 Kompetenz in das Bundesgesundheitsministerium lehnen wir ab und fordern, dass künftig

40 der G-BA diese Entscheidungen wieder ausschließlich trifft. Darüber hinaus muss bei
41 einem modernen Gesundheitssystem die Prävention im Vordergrund stehen. Die
42 gesetzlichen Leistungen, die der G-BA prüft, sollen in Zukunft deutlich stärker auf
43 Prävention ausgelegt werden, um schwere und kostenintensive Krankheitsbilder zu
44 vermeiden und die Finanzierung generationengerechter und nachhaltiger zu gestalten.
45 In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen ebenfalls die Schaffung größerer
46 Transparenz für einzelne Dienstleistungen, indem die Patientinnen und Patienten der
47 GKV auch Kenntnis über sämtliche Kosten ihrer Behandlung erhalten sollen. Nach
48 Schweizer Vorbild soll für alle Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung eine
49 gedeckelte Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer eingeführt sein. Die
50 Selbstbeteiligung gilt für alle Leistungen unter einer angemessen niedrigen
51 Kostengrenze und wird durch den G-BA festgelegt.

52

53 **Phase 2: Einführung eines nachhaltigen Gesundheitssystems**

54

55 Selbst die notwendigen Reformen im staatlichen Gesundheitssystem können nicht die
56 strukturellen Probleme staatlicher Umlagefinanzierung lösen. Daher soll nach der
57 Einführung, der in Phase 1 beschriebenen Reformen, innerhalb von zehn Jahren der
58 Übergang in ein nachhaltiges System der Gesundheitsversorgung geschaffen werden.
59 Dabei sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen als Körperschaften öffentlichen
60 Rechtes in private Trägerschaft überführt werden. Innerhalb der zehnjährigen
61 Übergangsfrist sollen alle übrigen Mechanismen der staatlichen Preiskontrolle im
62 Gesundheitssystem entfallen. Das gilt auch uns insbesondere für die Preiskontrolle
63 von Medikamenten. Insbesondere in der Anfangszeit soll das Bundeskartellamt illegale
64 Preisabsprachen kontrollieren und verhindern. Die Pflicht zur Versicherung gilt
65 weiterhin für alle Deutschen Staatsbürger. Anbieter von Kranken- und
66 Pflegeversicherungen dürfen keine Person aufgrund von Vorerkrankungen von ihren
67 Versicherungsleistungen ausschließen.

68 **Alternative 1:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, soll nach Schweizer Vorbild
69 ein gemeinsamer Fonds der Krankenkassen eingerichtet werden, aus dem
70 Ausgleichszahlungen an die Träger finanziert werden, die Menschen mit schwerwiegenden
71 Vorerkrankungen aufnehmen. **Alternative 2:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern,
72 sollen Krankenkassen, die Menschen mit entsprechend schwerwiegenden Vorerkrankungen
73 aufnehmen, eine Ausgleichszahlung aus Steuermitteln erhalten.

74 Die Versicherungsbeiträge sollen nicht länger einkommensabhängig erhoben werden,
75 sondern sich am Gesundheitszustand und dem Erkrankungsrisiko des Individuums
76 orientieren. Für soziale Härtefälle soll ein entsprechender Ausgleichsfonds nach dem
77 Vorbild Singapurs eingerichtet werden. Die Versicherungsanbieter können hierbei
78 gesundes Verhalten finanziell belohnen. Durch den finanziellen Anreiz ungesundes
79 Verhalten zu unterlassen, wird die Gesundheit der einzelnen Individuen deutlich
80 verbessert und gesunde Menschen müssen nicht für ungesundes Verhalten anderer
81 Mitversicherter aufkommen. Dadurch, dass ungesund lebende Menschen sich freiwillig
82 für das Zahlen höherer Versicherungsbeiträge entscheiden, entfällt auch jegliche
83 Legitimation für die Beibehaltung staatlicher Lenkungssteuern. Daher sollen alle
84 Lenkungssteuern, wie beispielsweise die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer,
85 Alkopopsteuer, Biersteuer, Alkoholsteuer, Kaffeesteuer und Tabaksteuer, abgeschafft

- 86 werden. Neue Lenkungssteuern wie beispielsweise die viel diskutierte Zuckersteuer
- 87 lehnen wir ab.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 33: Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst

Antragsteller*in:	Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Alexander Kobuss, Phillip Proske, Ioana Cristina Turbatu, Laurent Putzier, Moritz Wimmer
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst

2

3 Jedes Kind in Deutschland hat es verdient, seine Talente maximal frei zu entfalten.
4 Wir kämpfen deshalb für Chancengerechtigkeit. Eltern müssen möglichst viel Freiheit
5 bei der Schulwahl ihrer Kinder bekommen und Schulen in benachteiligten Gegenden
6 müssen besonders gefördert werden. Nach der Schule muss auch jeder junge Erwachsene
7 die Möglichkeit bekommen, sich entweder durch eine Ausbildung oder ein Studium
8 optimal auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Ein gebührenfreies Studium hingegen ist
9 kein Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Ganz im Gegenteil bedeutet es, dass Menschen
10 mit geringeren Einkommen und niedrigeren Bildungschancen Studenten subventionieren.
11 Wir sprechen uns deshalb klar für die Einführung von Studiengebühren aus. Durch diese
12 Maßnahme werden die Steuerzahler entlastet und die Qualität der Bildung erhöht. Dem
13 Gebot der Chancengerechtigkeit ist aber weiterhin auch zu entnehmen, dass es für
14 jeden unabhängig vom Elternhaus möglich sein muss zu studieren. Deshalb sollen die
15 Studiengebühren für Deutsche, in Deutschland lebende Ausländer und EU Bürger
16 nachgelagert sein. Die Rückzahlung der Gebühren erfolgt nur beim Erreichen eines
17 überdurchschnittlichen Einkommens und kann sich über mehrere Jahre strecken.
18 Studenten aus dem nicht-EU Ausland sollen durch das Zahlen von höheren Gebühren
19 direkt einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung des deutschen Bildungssystems
20 leisten. Deutschland soll aufgrund von exzellenten Universitäten attraktiv für
21 ausländische Studenten sein, nicht wegen der geringen Kosten. Für besonders
22 talentierte ausländische Studenten soll es verstärkt Stipendien geben, um Deutschland
23 attraktiv für die klügsten Köpfe zu machen. Außerdem soll es dem Staat möglich sein
24 Studiengänge stärker zu fördern, in denen ein großer Fachkräftemangel herrscht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 34: Wer edgy sein will, fragt: Braucht es die Bundeszentrale für politische Bildung?

Antragsteller*in:	Tobias Bergmann, Laurent Putzier, Phillip Proske, Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Gregor Habel
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wer edgy sein will, fragt: Braucht es die Bundeszentrale für politische Bildung?
- 2 Deutschland hat ein Problem. Egal ob beim ÖRR, in staatlich geförderten NGOs oder bei
- 3 der Bundeszentrale für politische Bildung, überall wird ein linkes Weltbild gepusht.
- 4 Diese Organisationen werden zwangsweise von allen Bürgern finanziert und sollten
- 5 daher neutral sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat jüngst gezeigt,
- 6 dass sie von Neutralität meilenweit entfernt ist. In einem Video wurde das Erstarken
- 7 von rechten Kräften in Deutschland mit dem Sommermärchen 2006 erklärt. Letztendlich
- 8 hat dieses Format Patriotismus (und Siege der deutschen Fußball Nationalmannschaft)
- 9 als rechts difamiert und sich von jedem Bildungsauftrag verabschiedet. Als
- 10 Sparmaßnahme und um wieder ein Bewusstsein für politische Neutralität bei staatlichen
- 11 Organisationen zu schaffen, schlagen wir deshalb die Abschaffung der Bundeszentrale
- 12 für politische Bildung und aller Untergliederungen vor. Der Wahlomat soll als Format
- 13 bestehen bleiben und die Landesbildungsministerien sollen sich verstärkt für
- 14 politische Bildung einsetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 35: Freie Fahrt für freie Bürger!

Antragsteller*in:	Nassim Al Hamwi
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Freie Fahrt für freie Bürger!
- 2 Moderne Fahrzeuge sind heute mit fortschrittlichen Sicherheitssystemen ausgestattet.
- 3 Zudem hat sich die Infrastruktur der deutschen Autobahnen durch kontinuierliche
- 4 Investitionen erheblich verbessert. Breitere Fahrspuren, bessere Beschilderung und
- 5 intelligente Verkehrsleitsysteme tragen dazu bei, dass höhere Geschwindigkeiten
- 6 sicher bewältigt werden können.
- 7 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die aktuelle Handhabung von Versicherungsfällen.
- 8 Versicherer können bei Geschwindigkeiten über der derzeitigen Richtgeschwindigkeit
- 9 von 130 km/h eine Teilschuld zuzuweisen. Eine Anhebung der Richtgeschwindigkeit würde
- 10 diese Problematik entschärfen und den Autofahrern mehr Rechtssicherheit bieten.
- 11 Die deutschen Autobahnen zählen zu den sichersten der Welt. Die aktuelle
- 12 Richtgeschwindigkeit von 130 km/h wurde 1978 eingeführt und wird dem technologischen
- 13 Fortschritt nicht mehr gerecht. Als führende Autonation wollen wir nicht nur die
- 14 besten Autos der Welt bauen, sondern sie auch fahren. Die JuLis Berlin fordern die
- 15 Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen auf mindestens 150 km/h zu erhöhen. Die zulässige
- 16 Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen soll auf 120 km/h steigen.

Begründung

Erfolgt mündlich.